Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen
und des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen

Nr. 03/11 – 15. Oktober 2011
11. Jahrgang

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Stichwort „Warmwasser“
Ein Beitrag zum SGB II (Hartz 4)
Seite 4

„Die Gronauer Bevölkerung lebt auf einem Pulverfass.“
Interview mit Udo Buchholz vom AKU Gronau. **Seite 13**

Der „Schulfrieden“ – rückwärtsgewandt und undemokratisch
Seite 14

Dossier:
Programm-Diskussion
Seiten 7–10

Dossier

& Kurz Knapp

Bäume gerettet – Kosten gestiegen?

Mitte September legte die Messegeschäftsführung einen neuen Ausbauplan vor. Hiernach sollen die ursprünglich geplanten minimalen Eingriffe in den Grugapark weitgehend vermieden werden, dies hat allerdings seinen Preis – Mehrkosten zwischen 10 und 30 Mio. Euro (insg. somit 110–130 Mio.). Ein überzeugendes Konzept konnte bislang nicht präsentiert werden, doch die Grünen sind zufrieden. Kommentar zur Messe auf Seite 2.

LINKSruck im Rat?

Mit Ausnahme der radikal-liberalen FDP lehnten in der Septembersitzung des Rates erstmalig alle Fraktionen eine weitere Aufnahme städtischer Kredite in Schweizer Franken ab. Noch Anfang 2010 sprach sich einzig DIE LINKE dagegen aus. Willkommen im Klub!

Aus für die A52

Nachdem das Land NRW Ende September entschieden hat, die Planungen für die A 52-Durchstreckung im Essener Norden auf Eis zu legen, ist es an der Zeit, endlich auch auf Essener Ebene einen Ausstiegsbeschluss zu fassen. Ein Ratsbeschluss ist wichtig, um die für die A 52 reservierten Flächen für anderweitige Planungen freizugeben. Eine entsprechende Ratsinitiative wird DIE LINKE Fraktion im Oktober einbringen.

Viererbündnis kürzt weiter

Erneut hat das bürgerlich-konservative Viererbündnis (CDU/Grüne/FDP/EBB) im Rat entgegen dem Votum des Jugendhilfeausschusses weitere Kürzungen im Jugendbereich bestätigt. Grundlage der Kürzungen sind die unsozialen und unausgewogenen Haushaltsbeschlüsse aus dem letzten Jahr.

Sozialticket? Pilotversuch ab November – Bruchlandung einkalkuliert!

Foto: Stefan Dolge

Bei Enthaltung der Linken Ratsfraktion haben sich CDU/SPD/GRÜNE/EBB im Rat in der Oktobersitzung für die probeweise Einführung eines so genannten Sozialtickets zur Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs ausgesprochen.

Bei einem Preis von monatlich 29,90 Euro, mit den Einschränkungen und auf Basis des Tickets 1000 (u.a. nur Essener Stadtgebiet), kann aus Sicht der Linken weder von einem „sozialen“ noch von einem „gerechten“ Preis geredet werden. Allein der Tatsache, dass auch für EssenerInnen knapp oberhalb von Hartz4 das beschlossene „Sozialticket“ erhältlich sein soll, ist die Enthaltung der Linken statt eines klaren „Nein!“ geschuldet.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Gleiche Rechte für alle

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Partei DIE LINKE für die Integrationsratswahl am 20. November: Spitzenkandidatin Azize Oguz, 21 (Bild) sowie Abdelaziz Warrach, 72 (Berufsschullehrer im Ruhestand) und Ismail Soy, 49 (Hochbaufacharbeiter). Mehr über den Integrationsrat und die Kandidatinnen und Kandidaten der Partei DIE LINKE lesen Sie auf Seite 5. (Foto: S.Dolge)

Integrationsratswahl

Am 20. November 2011 findet die Wahl zum Integrationsrat statt. Rund 48.000 Essenerinnen und Essener aus über 160 Nationen sind aufgerufen, ihre Interessenvertretung zu wählen. 13 Listen treten an, darunter auch DIE LINKE.
Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind von Wahlen meist ausgeschlossen. Um dennoch ihre Interessen zu berücksichtigen, gibt es auch in Essen den Integrationsrat. Er besteht aus 18 Mitgliedern, gewählt von Migrantinnen und Migranten, und 9 Ratsmitgliedern. Allerdings hat er nur eine beratende Funktion. DIE LINKE fordert seit Jahren ein umfassendes Wahlrecht für Alle.

Kommentar:

Messe Essen – No Place of Events

Von Hans Peter Leymann-Kurtz

Der im Zuge einer so genannten Messe-Ertüchtigung noch im März dieses Jahres geplante flächenneutrale und damals selbst für die Dezernatsgrüne Simone Raskob verschmerzbare Eingriff in den Grugapark ist vom Tisch. Die nunmehr vom Aufsichtsrat zur Prüfung einzig beschlossene Bauvariante sieht statt dessen eine grundlegende Um-Bebauung entlang bzw. oberhalb der Norbertstraße (mit der Option einer „Seufzerbrücke“) sowie im Messeeingangs- und Grugahallenbereich vor.

Jubel vor allem bei den bürgerlich-besserverdienenden Rüttenscheider „Wutbürgern“ und ihren grünen Abgesandten im Rat der Stadt.

Bäume gerettet! War da sonst noch was? Ach ja, der Preis. Und der ist heiß!

Und mit 130 Millionen Euro sogar mehr als das, aber für die o.g bedeutsame Wahlklientel

Hans Peter Leymann-Kurtz Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen

offenbar zweitrangig, solange der Vier-Euro-Eintrittspark keine Symbolbäume verliert, ...und zwar nicht einen einzigen.

Dreißig Millionen Euro mehr als die noch im März vorkalkulierten schwindelerregenden 100 Millionen. Und dies zulasten eines tief defizitären städtischen Haushalts, also ggf. anderer Investitionen und Bürgschaften.

Zudem jährlichen Subventionen von mindestens 13,5 Millionen Euro für eine unstrittig freiwillige Leistung der Stadt. Ohne Gewähr des Erfolgs! Dafür zulasten aller BürgerInnen, aber ganz sicher zugunsten der Rüttenscheider Gastronomie und Hotelerie. Dazu reichlich unabsehbare Risiken, ohne auch nur annähernd bei den wirklich wichtigen Fragen nach der wirtschaftlichen und strategischen Ausrichtung des zukünftigen Messegeschäfts zwischen Industrie-, Investitions-, und Verbrauchsgütern, dem Jein zu einem kultivierten Kongresswesen und einer kohärenten und seriösen „Stand-Alone-Marktplazierung“ einen einzigen nachvollziehbaren Schritt weiter gekommen zu sein.

Wer das kürzlich vorgelegte Gutachten von PriceWaterhouseCoopers als unterm Strich positive Empfehlung für ein faktisches Weiterwurschteln deutet, neigt entweder zu Realitätsverlust, ist fromm oder hat bei der Lektüre desselben zu tief ins Glas geschaut. Oder alles zugleich. Jedenfalls wird es mir als ehrenamtlichem BürgerInnenvertreter im Rat vor dem Hintergrund der Sachlage und Genese tagtäglich schwerer, Anhänger des Messestandortes Essen zu sein bzw. zu bleiben.

Vielleicht haben nämlich doch jene bei den LINKEN und anderswo Recht, die trotz langwieriger Ausstiegsprozedur ein Messe-Ende mit Schrecken einem Messe-Schrecken ohne Ende vorziehen. Erfahrungen mit dem Strukturwandel haben wir in Essen ja zur Genüge, und vielleicht hat auch diese heute fast anachronistische Messe längst ihre Existenzberechtigung verloren, samt ihrer offenkundig überforderten Geschäftsführung.

Ein geordnetes Ende der Messe Essen hinterließe Raum, Steuermillionen und Kreativität für neue Beschäftigung und Wertschöpfung in unserer Stadt. Der Rat der Stadt entscheidet im November.

Sozialticket?

(Fortsetzung von Seite 1)

Hartz4- und Sozialgeldberechtigte, die bisher für ein normales Monatsticket 61 Euro hätten berappen müssen, diese Summe aber bei einem Regelsatz von rund 350 Euro im Monat nicht erübrigen konnten, sollen sich nach Ansicht der Befürworter aus den Hartz4-Parteien gefälligst über den Preis von 29,90 Euro freuen.

Lieber den Spatz in der Hand...

...als die Taube auf dem Dach, mag da so mancher denken. Dies ist richtig und falsch zugleich. Linke Position war, ist und bleibt, dass ein Ticket, welches den Namen Sozialticket tatsächlich verdient, nur soviel kosten darf, wie die Hartz4-Parteien von SPD/GRÜNE/CDU/FDP höchstselbst für Mobilität in den Schandgesetzten des SGB II und SGB XII (Hartz4 und Sozialgeld) festgeschrieben haben, nämlich ca. 22 bzw. ca.15 Euro. Einzig ein Preis von 15 Euro auf Basis des Tickets 2000, wie DIE LINKE es im Rat beantragt hatte, wäre also folgerichtig und halbwegs gerecht.

Die Kosten, die Kosten...., zum Kotzen

Die Gegner eines sozialen 15-Euro-Tickets verweisen wider besseren Wissens auf die Kosten, welche durch die Einführung eines echtes Sozialtickets durch Mindereinnahmen entstünden. Diese Hinweise sind bei näherer Betrachtung pure Heuchelei und eine Irreführung der Öffentlichkeit.

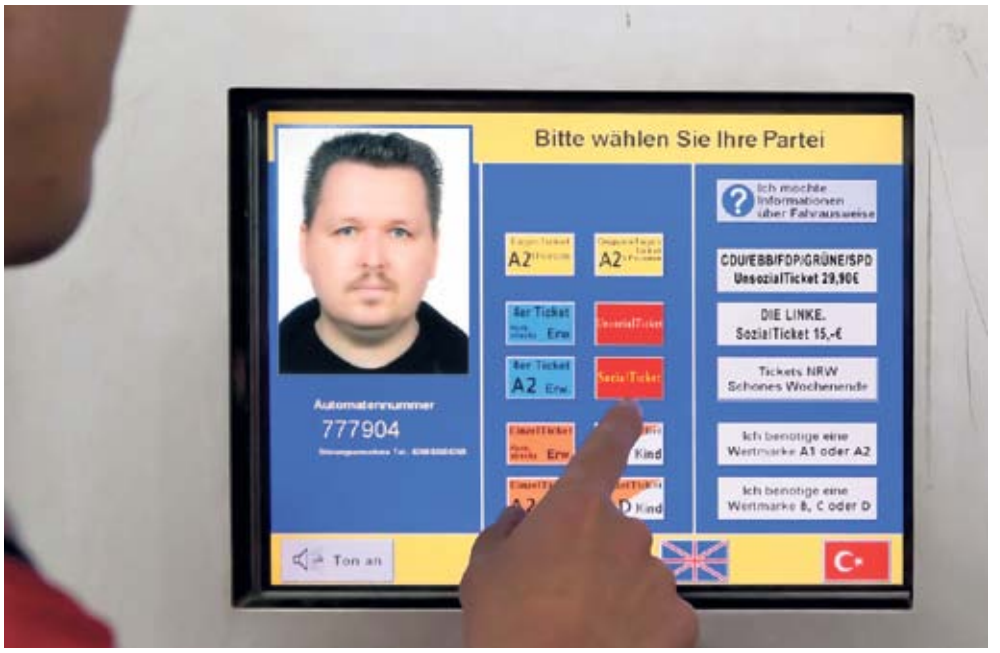


Foto und Montage: Stefan Dolge

Mindereinnahmen entstehen zwar fraglos durch Sozialtarife, jedoch ist der gesamte Nahverkehr im VRR mit ca. einer Milliarde Euro ohnehin nicht einmal zur Hälfte durch Ticketerlöse finanziert. Und Ticketpreise im VRR sind immer auch politische und längst nicht kostendeckende Preise. Wer ausgerechnet aber beim Sozialticket im Kontext des öffentliche Guts Mobilität rein betriebswirtschaftlich betrachtet eine maximale Kostendeckung anstrebt, muss sich fragen lassen, ob nicht auch die Mindereinnahmen durch das Schokoticket (ca. 150 Mio. Euro) oder Bärenticket (ca. 30 Mio Euro) betriebswirtschaftlich falsch und zugleich politisch richtig sind. Warum sollte also ausgerechnet ein wirkliches Sozialticket zum Preis von 15 Euro, wodurch dem aus Steuermitteln zu recht hochsubventionierten VRR – wenn überhaupt – Mindereinnahmen von ca. 50 Millionen entstünden, plötzlich so falsch sein?

Die Antwort liegt auf der Hand: Weil es von den neoliberal inspirierten Altparteien politisch nicht anders gewollt ist, und weil von den Hunderttausenden potenziell Hartz4- und Sozialgeldberechtigten auf dem Gebiet des VRR wenig Protest und Widerstand erwartet wird. Und schlimmer noch: Nicht ausgeschlossen ist, dass nach Ablauf der so genannten Pilotphase in 14 Monaten selbst das jetzt beschlossene Pseudosozialticket wieder kassiert wird – weil zu wenige Berechtigte den immer noch zu hohen Preis aufbringen konnten.

DIE LINKE steht trotz dieser Augenwischerei des politischen und medialen Establishments weiterhin zu der Forderung nach einem Sozialticket bei einem Preis um die 15 Euro und wird hier weiter Druck machen.

hlk

Infos rund ums Sozialtickt unter www.sozialticket.info

Impressum:

Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen und dem Wahlkreisbüro Ulla Lötzer (MdB); Redaktion: Jörg Bütefür, Ralf Fischer (v.i.S.d.P.); Seite „Aus dem Bundestag“: Ulla Lötzer (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost Druck-GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201-8602904, Fax : 0201-8602906, Email: essener-morgen@dielinke-essen.de

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. April 2011. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 25.11.2011.

Alternativen zu Niedriglöhnen, Rentenklau und Finanzkrise

Sahra Wagenknecht in Essen

Von Holger Vermeer

Wagenknecht machte zunächst klar, dass in Deutschland die Binnennachfrage dem Export hinterherhinkt und dies der Grund für Reallohnverluste und sinkende Kaufkraft ist. Dass seit dem Jahre 2000 die Löhne in Deutschland um fast 5 % sanken, sei nicht nur der Renditegier der Unternehmen, sondern den politischen Weichenstellungen geschuldet, die genau das herausgefordert hätten: Niedriglohn, unsichere Arbeitsplätze und Lohndrückerei. 10 Mrd. Euro fließen an Subventionen an die Unternehmen, Millionen von Arbeitnehmern sind zu sogenannten Aufstockern geworden. Niedriglohn lohne sich also für die Unternehmen, allerdings weder für die betroffenen Dumpinglöhner, noch für Staat und Sozialkassen.

Das von SPD-Steinmeier gern besungene, angebliche Jobwunder existiere nicht, so Sahra Wagenknecht. Würde man alle realen Arbeitsstunden in Deutschland zusammenzählen, kann man feststellen, dass eine erhebliche Zahl an Vollzeitstellen weggefallen ist.

Wagenknecht bestätigte der Bundesregierung eine große Phantasie dabei, Erwerbslose unsichtbar zu machen. Sie würde es begrüßen, wenn die Bundesregierung bei der tatsächlichen Reduzierung der Erwerbslosigkeit eine ebensolche Kreativität an den Tag legte. So werden diejenigen Erwerbslose nicht mehr in der Statistik mitgezählt, die privat vermittelt werden, obwohl klar ist, dass auch sie einen Arbeitsplatz suchen. Auch die bekannte 58-Regel dient dem Zweck, die tatsächliche Höhe der Erwerbslosen zu verschleiern. Sahra Wagenknecht zitierte aus einer Befragung, wonach 8 Millionen Teilzeit- bzw. Minijobber ausdrücklich angaben, dass sie länger arbeiten möchten, wenn man ihnen das nur ermöglichte. Die Bundesregierung behauptet, es sei kein Geld mehr für Soziales da, so Wagenknecht weiter, während sie aberwitzigerweise gleichzeitig eine Diskussion über Steuersenkungen für Spitzenverdiener führe. Obwohl die Kinderregelsätze bei Hartz4 für verfassungswidrig erklärt wurden, sei zäh um 5,- Euro verhandelt worden. Herausgekommen ist das Bürokratiemonster „Bildungs- und Teilhabepaket“.

Foto: Stefan Dolge

Über 100 Gäste konnte DIE LINKE. Essen am 9.9.2011 in der „Sternquelle“ begrüßen, als Sahra Wagenknecht zum Thema „Niedriglöhne, Rentenklau und Finanzkrise“ über linke Alternativen referierte.

Geld für Bankenrettung wird bereitgestellt

Es fließt wieder in Richtung der Banken, in griechische, spanische, irische oder isländische Banken. Alle Fraktionen im Bundestag, mit Ausnahme der Fraktion DIE LINKE, werden dieser neuen Finanzhilfe zustimmen, auch die SPD. An den tatsächlichen Verhältnissen ändert sich allerdings dadurch nichts. Letztendlich handelt es sich um eine Systemkrise, ja eine Verteilungskrise, aus der es so keinen Ausweg gebe. Jeder Abbau von Arbeitnehmerrechten hat die Erpressungsmacht gegenüber den Arbeitnehmern erhöht, die Gewerkschaften geschwächt und die wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse manifestiert. Die europäischen Staatsschulden bewegen sich in bemerkenswerter Weise parallel zu den europäischen Vermögen.

In der Gesamtsumme sind die europäischen Staaten mit insgesamt 10 Billionen Euro verschuldet, während nur 1 % der Bevölkerung, nämlich Menschen mit einem Vermögen von mehr als einer Million, insgesamt 10 Billionen Dollar (10.000 Mrd.) besitzen. Würde man hier ansetzen und die gegenwärtige Steuerpolitik der Bundesregierung berücksichtigen, z.B. anhand der Körperschaftsteuer, Veräußerungsteuer, Vermögensteuer, Millionärsteuer, so gingen – selbst im Vergleich zu den Helmut Kohlschen Zeiten – Deutschland pro Jahr 100 Milliarden Euro verloren!

Banken leihen den Staaten Geld, der Staat gibt den verschuldeten Banken Geld zur Unterstützung und muss sich das wiederum bei anderen Banken zu deren Zinssätzen leihen. Diese Art von Staatsfinanzierung sei ein Skandal. Für die Banken allerdings ein sehr gewinnträchtiger.

Die Bankenrettung 2008 hat Deutschland mit 300 Milliarden Euro zusätzlichen Schulden belastet. Wenn die Vermögenden mehr zur Kasse gebeten würden, könnte ein Schuldenschnitt von 50 % erreicht werden. Das allein würde aber nicht ausreichen, denn solange „das Casino nicht geschlossen wird, das Zocken der Banker nicht verhindert wird, wird das alles nichts nutzen“, so Sahra Wagenknecht. Die Bundesregierung hätte „viel Geld ins schwarze Loch getan, aber nichts getan, um es zu schließen.“ Das genau müsse aber getan werden, wenn man aus der Schuldenfalle herauskommen wolle.

Sparpolitik in der Krise führt zu Wirtschaftscrash

Die Versammlung überreichte der Betriebsratsvorsitzenden der Essener Vodafone-Niederlassung (Bildmitte) eine Solidaritätsadresse im Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Auch Sahra Wagenknecht gehörte zu den UnterzeichnerInnen (Foto: Stefan Dolge).

„Treffende Analyse unserer Wirtschaftsordnung“, „Kein Wohlstand für Alle“, „Sozialismus aber bitte liberal“ – so sind die Rezensionen von Wagenknechts neuem Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ überschrieben. Sauber recherchiert, faktenreich, kompetent und in verständlicher Sprache zeigt sie gesellschafts- und wirtschaftspolitische Grundlinien auf. „Sozialismus ist keine Spinnerei, sondern eine sehr konkrete Alternative“, so Wagenknecht.

Daran, dass die Politik für die finanzielle Rettung der Banken keine Mitspracherechte einfordert, wird deutlich, dass die Demokratie ausgehebelt wird. Wagenknecht kritisiert weiter, dass nun auch andere Länder in Europa die Schuldenbremse übernommen hätten. Die beste Schuldenbremse wäre aber eben die Millionärssteuer. Es ginge nicht, dass nur die Schulden nicht steigen dürften, ohne dass gleichzeitig für mehr Einnahmen gesorgt würde.

Ohne wachsenden gesellschaftlichen Widerstand – gerade auch in Deutschland – sieht Wagenknecht keinen Ausweg aus diesem Dilemma. Es ist Aufgabe der Linken, sich hier noch stärker einzubringen.
Holger Vermeer ist Gewerkschaftssekretät der IG BAU und Sprecher des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen

Holger Vermeer ist Kreissprecher der Partei DIE LINKE und Mitglied im BundessprecherInnenrat der AG betrieb & gewerkschaft

Stichwort „Warmwasser“

Ein Beitrag zum SGB II (Hartz 4)

Von Rechtsanwalt Carsten Dams

Rückwirkend zum 1. Januar 2011 hat sich für Leistungsberechtigte im SGB II, landläufig Hartz4 genannt, einiges geändert. Nicht jede Änderung ist erfreulich für Betroffene, einige sind ausgesprochen unerfreulich, wie z.B. die neue regelmäßige Anrechnung des Elterngeldes oder der Umstand, dass eine Überprüfung von Entscheidungen des Jobcenters nur noch in geringerem Umfang möglich ist. Auch über die Höhe der Regelsatzerhöhung könnte man nur lachen, wäre das Thema nicht so ernst.

Carsten Dams ist Rechtsanwalt in Essen

Umso wichtiger ist es, neu hinzu gewonnene Rechte zu kennen und einzufordern. Weitgehend unbekannt ist, wie der Autor aus seiner täglichen Beratungspraxis weiß, dass mittlerweile viele Menschen im Leistungsbezug ein gesetzliches Anrecht auf Übernahme der Kosten für die Warmwasserbereitung haben. Bis Ende 2010 soll das Geld hierfür dagegen bereits im Regelsatz enthalten gewesen sein. Besondere Mühe, den Berechtigten gegenüber bekannt zu machen, dass das heute nicht mehr so ist, gibt sich das Jobcenter nicht.

Dies betrifft alle, die ihr warmes Wasser nicht zentral über die Heizungsanlage bekommen, sondern dezentral, beispielsweise über Durchlauferhitzer, Untertischgeräte oder Boiler. Der pauschale Mehrbedarf beträgt pro Person in der Bedarfsgemeinschaft je nach Lebensalter zwischen 8 Euro und 2 Euro. Die genauen Beträge sind abweichend, z.B. 8,37 Euro für Alleinstehende, 7,54 Euro für erwachsene Partner, aber das Jobcenter darf – und muss – wegen einer Übergangsregelung im Jahr 2011 noch runden.

„Mehrbedarf“ Warmwasser

Falls Sie zum Kreis der Berechtigten gehören, sollten Sie Ihren Leistungsbescheid kontrollieren. Das Computerprogramm des Jobcenters kann einen „Mehrbedarf Warmwasser“ im Bescheid nicht darstellen, er wird regelmäßig als „Mehrbedarf Ernährung“ aufgeführt. Ein Kommentar hierzu erübrigt sich – dass es diesen Mehrbedarf geben würde; war seit über einem Jahr absehbar. Fehlt der Mehrbedarf im Bescheid ganz, spricht vieles dafür, dass der Bescheid falsch ist.

Insbesondere wenn das Jobcenter wusste, dass Sie kein Warmwasser über die Heizung bekommen können, weil z.B. Abrechnungen für Nachtspeicherstrom vorliegen, sollten Sie gegen entsprechende Bescheide entweder selber Widerspruch einlegen oder durch einen Rechtsanwalt Ihrer Wahl einlegen lassen. Auch eine Überprüfung der Leistungen für bereits vergangene Zeiträume kann beantragt werden. In beiden Fällen steht Ihnen im Regelfall sogenannte Beratungshilfe zu, so dass Ihnen selbst keine nennenswerten Kosten entstehen, falls Sie sich entscheiden, anwaltlichen Rat einzuholen. Hilfe ist übrigens auch über Selbsthilfevereine und deren Beratungsstellen zu bekommen, in Essen beispielsweise über die BG45, für die auch der Autor berät (www.bg45.de). Falls das Jobcenter tatsächlich nichts von Ihrem Anspruch wissen konnte, sollten Sie einen Antrag stellen und sich den Eingang bestätigen lassen.

Heizkosten überprüfen

Das gleiche Problem ergibt sich auch für alle, für die Teile der Heizkosten nicht übernommen wurden, weil das warme Wasser über die Heizung bereitgestellt wurde. Bis 2010 war diese Vorgehensweise rechtmäßig, seit dem 1.1.2011 ist sie es nicht mehr. Wem heute noch mit dieser Begründung die Heizkosten gekürzt werden, dessen Bescheid ist rechtswidrig.

Falls Sie betroffen sind, sollten Sie sich um die Angelegenheit kümmern, wie folgendes kleines Rechenspiel deutlich macht:

Eine Familie mit Eltern und zwei Kindern im Alter von acht und vierzehn Jahren hätte einen monatlichen Anspruch von insgesamt 23 Euro. Da die Leistungen für die ersten zehn Monate des Jahres 2011 ausgezahlt sind, bestünde schon jetzt ein Rückstand des Jobcenters von ganzen 230 Euro. Eine Menge Geld, gerade wenn man bedenkt, dass das Jobcenter selbst pflichtgemäß jedem einzelnen Cent hinterher fahndet.

Verschenken Sie keine Leistungen, die Ihnen rechtmäßig zustehen!

Ach, übrigens: Ihre Mietkosten werden nur gekürzt anerkannt? Auch in diesem Fall ist es wahrscheinlich, dass Ihnen Leistungen zu Unrecht verweigert werden.

Der Autor ist als Rechtsanwalt mit Tätigkeitsschwerpunkt Sozialrecht für verschiedene soziale Beratungsstellen in Essen und Mülheim sowie in eigener Kanzlei in Essen-Steele tätig. Kontakt 0201 5147472

Termine der Hartz4-Beratungen unter www.bg45.de

Musterschriftsatz
für eine Klage zum Regelsatz

Sechs RechtsanwältInnen, darunter auch Conradis aus Duisburg, haben einen Musterschriftsatz entwickelt, mit dem Bedarfsgemeinschaften mit Kindern und Alleinstehende Klage einreichen können. Das Werk mit zahlreichen Informationen umfasst 23 Seiten und kann eingesehen oder heruntergeladen werden unter: www.erwerbslosenforum.de

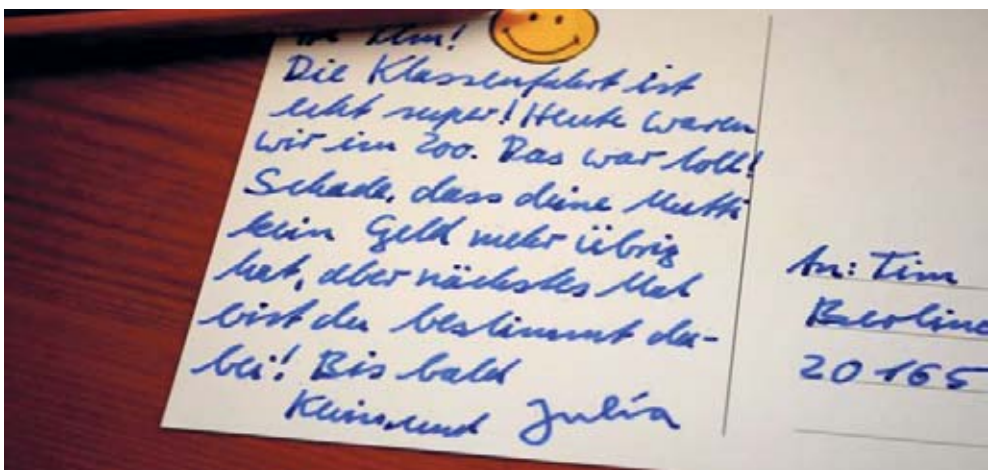
RA Carsten Dams macht aufmerksam: „Wichtig ist m.E., dass jeder spätere Kläger auf die Gründe eingeht, warum die Berechnung in seiner PERSÖNLICHEN Situation falsch ist. Druck kann nur aufgebaut werden, wenn jede Klage vom Gericht gelesen werden muss. Wenn nach den ersten drei Zeilen klar ist, dass es sich „nur“ um den Musterschriftsatz handelt, bindet man keine Kraft und erzeugt keinen Rechtfertigungsdruck. Daher: Individualisieren!“

Also, auf zum Anwalt.

Den Kreislauf der Not durchbrechen! Wege aus der Armut

Von Waltraut Steuer

Dies war der Titel des 6. Treffens der Menschen mit Armutserfahrung. Die Nationale Armutskonferenz (NAK) fand dieses Jahr am 14. und 15. September in Berlin statt. Wer oder was ist die NAK?



Die Vorsitzenden der BG45, Harald Dieringer und Waltraut Steuer, haben es sich nicht nehmen lassen, dem Aufruf zu folgen, suchen wir doch schon lange Wege aus der Armut. Die Fahr- und Übernachtungskosten sollen übernommen werden, die Verpflegung war frei, zwar zu wenig, aber darin haben wir ja staatsgewollt Übung. Nun, immerhin war das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) an der Finanzierung dieser Konferenz beteiligt. Dafür allerdings mussten wir Holger Winkler als letzten Redner ertragen, verbeamteter Jurist im Ministerium, der die undankbare Aufgabe hatte, Frau von der Leyens „Politik“ als quadratisch, praktisch, gut zu verkaufen, ein Beispiel: das Bildungs- und Teilhabe Paket. Übelkeitsbedingt musste ich den Raum verlassen und fand schon andere Flüchtlinge, die mehr Interesse daran hatten über Gewaltverzicht zu debattieren. In irgendeinem Stimmengewirr rumorte das Wort Schreibtischtäter, aber ich weiß wirklich nicht wieso.

Abschließend können wir noch nicht einschätzen, welchen Nutzen oder welche neuen Erkenntnisse die Konferenz der BG45 gebracht hat, aber, vielleicht sucht uns die Erleuchtung noch unerwartet und überraschend heim.

Den kompletten Bericht gibt’s im Netz unter: http://bg45.de/index.php/2011/09/19/bg45-unterwegs-2/#more-1606. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sind unter www.sozin.de zu finden.

Waltraut Steuer ist für DIE LINKE stellvertretendes Mitglied im Sozialausschuss und Vorsitzende der BG45 – Hartz4-Netzwerk-Essen e. V.

www.nationale-armutskonferenz.de

Von Ismail Soy

Fastenbrechen der Muslime

Auch in diesem Jahr wurde DIE LINKE.Essen von der Islamischen DITIB-Gemeinde zum Fastenbrechen eingeladen. Gerne folgten Birgit Petereit (Kreissprecherin), Gabriele Giesecke (stellvertr. Fraktionsvorsitzende), Wolfgang Freye (Vorsitzender der RVR-Fraktion) sowie die beiden Vorstandsmitglieder Susanne Kreuzer und Ismail Soy neben rund 120 weiteren Gästen aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung sowie christlichen Kirchen und der Jüdischen Kultusgemeinde dieser Einladung. Muhammet Balaban, Sprecher der KIM-E und Vorsitzender des Essener Integrationsrates bedankte sich bei den Gästen: „Ihre Teilnahme an diesem Fastenbrechen ist eine Geste von besonderer Qualität und verdient unsere höchste Anerkennung. Gemeinsam wollen wir die Werte der jeweils Anderen achten, (...). Dieses Fastenbrechen bietet hierfür die beste Basis."

„Das Fastenbrechen ist zur Tradition in Essen geworden" so OB Reinhard Paß. Er zeigte sich sehr erfreut über die hohe Anzahl der Gäste. „Die Stadt Essen ist stolz auf ihre kulturelle und religiöse Vielfalt. Heute sieht man, dass der Wille zum Kennenlernen und zum Dialog da ist. Ich bedanke mich bei der KIM-E und der Altenessener Moschee für diesen gelungenen Abend."

Die neue türkische Generalkonsulin, Frau Sule Özkaya, betonte, dass der Ramadan für Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Kulturen und Religionen stärker genutzt werden müsse. „Nur über die Begegnung können wir die Integration vorantreiben. Die Muslime zeigen ihre Offenheit und sind bereit, jede erdenkliche Möglichkeit zu nutzen, um Vorurteile abzubauen."

Ismail Soy ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

Pünktlich um 20:49 Uhr, nach dem Gebetsruf des Muezzins, durfte dann endlich gegessen werden. Eifrige Helfer servierten den Gästen Linsensuppe, gefüllte Weinblätter mit Reis und Köfte (Hackfleischbällchen). Versüßt wurde der Abend mit Baklava (türkische Süßspeise) und einem Glas Tee. Die VertreterInnen der Linken langten gerne zu.

20. November 2011: Wahl zum Integrationsrat Essen

Von Ralf Fischer

Wer keine deutsche Staatsbürgerschaft hat, ist in der Regel von Wahlen ausgeschlossen. In unserer Stadt sind rund 48.000 Essenerinnen und Essener aus über 160 Nationen davon betroffen. Um die Interessen von Migrantinnen und Migranten dennoch nicht ganz zu vernachlässigen, sieht die Gemeindeordnung NRW örtliche Integrationsräte vor. Auch in Essen ersetzt dieses Gremium nun den früheren „Ausländerbeirat" – dieser diskriminierende Begriff war nicht mehr zeitgemäß. Nun ist mit der „Integration" im Namen wenigstens ein positives gesellschaftliches Ziel benannt, auch wenn der Fortschritt in der Sache bescheiden bleibt.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

Platz 1
Azize Oguz, 21 Jahre, Schülerin am Aufbaugymnasium: „Als Migrantin weiß ich, wie man sich in einer scheinbar fremden Gesellschaft fühlt. Die Suche nach Hilfe und das Erlernen der deutschen Sprache sind Grundpfeiler der Integration und Voraussetzung für das Verständnis der eigenen Rechte."

Integrationsrat – was ist das?

Der Integrationsrat hat die Aufgabe, die Interessen der in Essen lebenden Migrantinnen und Migranten zu vertreten. Er berät den Rat der Stadt und seine Ausschüsse in allen Fragen, die deren Integration betreffen. Hierdurch ermöglicht er auch Menschen ohne die deutsche Staatsbürgerschaft die Beteiligung am kommunalpolitischen Geschehen. Der Integrationsrat gibt auf Aufforderung des Rates oder eines Ausschusses Stellungnahmen ab, kann sich aber auch aus eigenem Antrieb mit allen kommunalen Angelegenheiten befassen und der Stadt Empfehlungen geben.

Platz 2
Abdelaziz Warrach, 72 Jahre, Berufsschullehrer im Ruhestand: „Ich bin in Fes in Marokko geboren und lebe seit 1960 in der Bundesrepublik. Ich will Zuwanderern solidarisch Beistand leisten und sie zur Mitwirkung in der Kommunalpolitik aktivieren."

In Essen werden 18 Mitglieder von den Migrantinnen und Migranten direkt gewählt, 9 weitere werden aus den Reihen der Ratsmitglieder bestimmt. 13 Listen treten zur Wahl an, darunter Listen der meisten im Stadtrat vertretenen Parteien, aber auch national orientierte und einige unabhängige Listen. DIE LINKE ist auf Listenplatz 11 dabei.

Wer darf wählen?

Wahlberechtigt sind alle über 16jährigen Essenerinnen und Essener ohne deutsche Staatsangehörigkeit, dazu alle diejenigen, die nicht länger als fünf Jahre einen deutschen Pass besitzen. Man muss länger als ein Jahr rechtmäßig in Deutschland leben und in Essen seit mindestens 16 Tagen mit dem Hauptwohnsitz gemeldet sein. Wählen darf nur, wer eine Wahlbenachrichtigung erhalten hat. Die Wahlbenachrichtigung oder ein Pass oder ein anderer Identitätsnachweis müssen zur Wahl mitgebracht werden. Auch Briefwahl ist möglich.

Wiederholung der Wahl – warum?

Am 07.02.2010 fand die letzte Wahl zum Integrationsrat statt. Bei diesem Wahlgang wurden eine Reihe von Manipulationen aufgedeckt. Die Staatsanwaltschaft verfolgte eine Strafanzeige wegen Wahlfälschung und Wahlbetruges. 25 gefälschte Stimmabgaben wurden festgestellt, jedoch konnten die Verantwortlichen nicht ermittelt werden. Auf einstimmige Empfehlung des Integrationsrates vom 25.01.2011 erklärte der Rat der Stadt Essen die Wahl für ungültig und beschloss ihre Wiederholung, da die gefälschten Stimmen das Ergebnis beeinflusst hatten. Es ist zu hoffen, dass die Wahl diesmal fair und ohne Manipulationen von statten geht.

Ein Integrationsrat reicht nicht aus

Nach und nach verabschiedet sich die deutsche Gesellschaft von der Vorstellung, die ins Land gekommenen Migrantinnen und Migranten träten eines Tages die „Heimreise" an. Mittlerweile ist klar: Ihr „Heim" ist hier! Daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen, fällt vielen nicht leicht. Immerhin wird nun bis weit ins bürgerliche Lager das kommunale Wahlrecht gefordert. Auch der Rat der Stadt Essen forderte in einer Resolution am 28.11.2007 die Einführung des kommunalen Wahlrechtes für länger in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten.

Platz 3
Ismail Soy, 49 Jahre, Hochbau-Fachmann: „Ich bin verheiratet, habe zwei Kinder und lebe seit 37 Jahren in Altenessen. Ich bin schon lange sozial und sportlich engagiert. Deshalb weiß ich, wie wichtig es ist, mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Migranten zu schaffen. Wir sind Teil der Gesellschaft!"

Diese Forderung ist unzureichend, schließlich sind Alle von der Bundes- und Landespolitik ebenso betroffen, zahlen hier ihre Steuern und unterliegen hiesigen Gesetzen. Pflichten, ohne Rechte genießen zu können – das ist nicht demokratisch! Allein DIE LINKE fordert ein umfassendes Wahlrecht auf allen Ebenen. Solange hier keine Fortschritte erzielt werden, bleibt ein Integrationsrat ohne echte Befugnisse eine Alibi-Veranstaltung.

Wahlaufruf der Partei DIE LINKE. Essen

Gleiche Rechte für Alle!

Gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben – das ist unser wichtigster Grundsatz. Wir wollen, dass Integration nicht als „Einbahnstraße" verstanden wird. Integration setzt eine Gesellschaft voraus, die Zuwanderer nicht als billige Arbeitskräfte sieht, sondern als Menschen akzeptiert. Deshalb sind wir konsequent gegen Rassismus und Diskriminierung, treten für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und der Bildungschancen von Menschen mit Migrationshintergrund ein. Das wollen wir auch im Integrationsrat tun!

In Essen hat fast jeder zehnte Einwohner und jede zehnte Einwohnerin keinen deutschen Pass. Obwohl sie dauerhaft hier leben, dürfen sie noch nicht einmal den Rat der Stadt mitwählen. DIE LINKE fordert: Wer hier lebt und von den politischen Entscheidungen betroffen ist, muss auch wählen dürfen. Der bloß beratende Integrationsrat ist kein Ersatz für das Wahlrecht. Trotzdem sind wir der Meinung, dass Migrantinnen und Migranten alle Möglichkeiten nutzen sollten, um ihre Interessen zu vertreten. Deshalb rufen wir dazu auf, am 20. November 2011 wählen zu gehen. Wählen Sie Liste 11 – DIE LINKE!

Damit Integration keine Einbahnstraße bleibt – am 20. November DIE LINKE wählen – Liste 11!

Kein Nein zu Europa!

Als einzige Partei hat die LINKE im Bundestag geschlossen gegen den erweiterten Euro – Rettungsschirm gestimmt. Ulla Lötzer erklärt die Gründe dafür:

Mein Nein zum erweiterten Rettungsschirm ist kein Nein zu Europa. Im Gegenteil: Nur mit gleichen und gerechten Bedingungen für Wirtschafts-, Steuer.- und Sozialpolitik ist Europa vor den Banken und Hedgefonds noch zu retten.
Ich sage Nein, weil mit dem Paket nicht die Krisenverursacher, die Finanzmarktakteure und Vermögenden für die Kosten der Krise herangezogen werden, sondern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeitslosen, die Rentnerinnen und Rentner, hier wie auch in Griechenland. Nötig ist stattdessen eine europaweite Vermögensabgabe und eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Kapitaleinkünften.
Die Sparauflagen für die südeuropäischen Schuldnerstaaten verschärfen die wirtschaftliche Krise in diesen Ländern, so führen sie diese Staaten tiefer in die Schuldenkrise. Mit den Delegierten des Gewerkschaftstages von ver.di trete ich daher für ein sofortiges Ende der ökonomisch und sozial schädlichen Sparpolitik in den Schuldnerländern ein. Nötig ist stattdessen ein europäisches Investitions- und Konjunkturprogramm und eine Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, um die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Europa zu stärken.
Die Macht der Banken über die Politik gefährdet die Demokratie in ganz Europa. Sie kann nur gebrochen werden, indem die Kreditversorgung der Staaten auf eine öffentliche europäische Bank übertragen wird. Den Finanzmarktakteuren muss der Boden durch strikte Regulierung und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer entzogen werden.
Wer wirklich Ja zu Europa sagen will, muss den erweiterten Eurorettungsschirm ablehnen. Denn Europa wird sozial und demokratisch sein, oder es wird nicht sein

Ausblick: Roter Faden für den sozial-ökologischen Umbau!

Die tiefe Krise des Kapitalismus ist nicht nur die Finanzmarkt- und Schuldenkrise: Auch die Klimakrise und die zunehmende Ausplünderung der natürlichen Ressourcen von Erdöl bis seltene Erden erfordern ein entschiedenes Umsteuern von LINKS.
Die drastische Senkung von CO2- Emissionen, Öl und Rohstoffverbrauch ist überlebensnotwendig. Sie muss mit dem Übergang zu einer vernünftigeren und gerechteren Produktionsweise verbunden werden, damit Nachhaltigkeit von einer leidigen Notwendigkeit zum Türöffner für eine lebenswerte Zukunft werden kann. Eine weitere Zuspitzung der Konflikte um Rohstoffe wie auch eine Verschärfung der sozialen Ausgrenzung durch steigende Energie- und Rohstoffpreise können nur verhindert werden, wenn der Umbau nicht von den Renditeinteressen der Märkte, sondern demokratisch nach sozialen und ökologischen Kriterien gestaltet wird. Grüne Hoffnungen, dass der Export von Umwelttechniken bei weitgehend unveränderten gesellschaftlichen Macht- und Einkommensverhältnissen als Triebkraft ausreicht, werden nicht aufgehen.
„Dieser Umbau muss in kräftigem Rot auftreten, damit er sattgrün werden kann," lautet deshalb die selbstbewusste Ausgangsthese des Projekts.
Konkrete Antworten auf diese Fragen will das „rote Projekt für den sozial- ökologischen Umbau" geben, das in den nächsten Monaten Schwerpunkt der Arbeit von Ulla Lötzer sein wird.
Die ökologischen Kernziele sind eine absolute Verminderung des Rohstoffverbrauchs in den Industriestaaten wie der Bundesrepublik und die Halbierung der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020. Fragen der Umwandlung von Arbeitsproduktivität in Verkürzung von Arbeitszeit, der Umverteilung von Einkommen sowie eine sozial-ökologische orientierte Investitionspolitik müssen dabei eine entscheidende Rolle spielen. Wie tief der erforderliche gesellschaftliche Wandel sein muss, zeigt allein schon, dass eine wirtschaftliche Gesamtrechnung künftig berücksichtigen muss was bislang nicht oder unzureichend in die Statistik eingeht: häusliche Arbeit, Pflegearbeit und ehrenamtliches Engagement, ökologische und gesundheitliche Folgen von Umweltverschmutzung, Erschöpfung von Ressourcen und andererseits Leistungen zum Erhalt von Umwelt und Ressourcen.
Entsprechend breit ist auch das Vorhaben angelegt: Es gilt zu zeigen, wie Investitionen gesellschaftlich in den Ausbau erneuerbarer Energien und das Leitbild einer neuen Mobilität „Weg vom Auto und hin zu integrierter Mobilität mit öffentlichen Bahnen als tragender Säule" Investitionen gesellschaftlich gelenkt und mit sicheren Beschäftigungsperspektiven in guter Arbeit verbunden werden können. Es muss entwickelt werden, wie Einkommen umverteilt werden müssen, damit notwendige Anreize zu effizienterer Produktion durch die stärkere Besteuerung von Energie- und Ressourcenverbrauch nicht zu sozialer Ausgrenzung führen. Und es gilt zu zeigen, wie dieser Prozess wirtschaftsdemokratisch gestaltet und mit einer über öffentliche Beteiligungen geförderten, an Rohstoff- und Energieeffizienz ausgerichteten Industriepolitik umgesetzt werden kann.

ver.di Gewerkschaftstag: Gemeinsam mit Gewerkschaften gegen prekäre Beschäftigung.

Wenn es darum geht, den Sozialstaat wiederherzustellen, die Finanzmärkte wieder zu regulieren und soziale Gerechtigkeit zu erkämpfen, sind die Gewerkschaften unverzichtbare Bündnispartner", bilanziert Ulla Lötzer ihre Eindrücke vom Gewerkschaftstag von ver.di Ende September in Leipzig. Nicht nur im persönlichen Gespräch mit dem neuen und alten ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske und Klaus Ernst wurden diese Gemeinsamkeiten deutlich:
„Ein gutes Beispiel für das Zusammenwirken zwischen Gewerkschaften und LINKEN ist die Auseinandersetzung über die Einführung eines Mindestlohns. ver.di hat dazu eine wirklich gute Kampagne gestartet. Wir haben die Forderung in den Parlamenten zum Thema gemacht, nicht locker gelassen und die anderen Parteien dazu gezwungen, Farbe zu bekennen."

Als neues Vorhaben wird Ulla Lötzer ein Bündnis gegen Minijobs und prekäre Beschäftigung unterstützen. Vorgeschlagen hat es die ver.di-Bundesfrauenkonferenz, denn diese Form der Arbeit, die arm macht, betrifft Frauen besonders oft und hart.

Aus der Arbeit im Bundestag:

LINKE deckt auf:

Mini-Jobben, weil die Rente nicht reicht.

„Ruhestand war gestern, malochen bis zum Tode heißt heute das Schicksal von immer mehr Rentnerinnen und Rentnern", empört sich der rentenpolitische Sprecher der Bundestag. Denn 769.000 Rentnerinnen und Rentner mussten 2010 ihre Rente mit einem 400 € -Job aufbessern. 108.000 der Betroffenen sind sogar älter als 75 Jahre.

„Das ist die erschreckende Folge einer vollkommen verfehlten Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik. Was rot grün- mit den Hartz- und den Rentenreformen angefangen hat, will Schwarz–Gelb heute nicht ändern. Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal," so Birkwalds bittere Bilanz.

Als „Regierungsdialog Rente" stellt Ministerin von der Leyen im Fernsehen ihr Problembewusstsein zur Schau. Doch Schwarz-Gelb denkt gar nicht daran, die Ursachen der heutigen und künftig stark anschwellenden Altersarmut zu beseitigen. Denn von der Leyen will weder den Niedriglohnsektor und die Langzeiterwerbslosigkeit, noch das abgesenkte Rentenniveau samt Rente erst ab 67 beseitigen.

THS/Evonik- Wohnungen:

Protest gegen Privatisierung zeigt erste Wirkung

Die Proteste der Mietervereine gegen eine drohende Privatisierung der über 100.000 Wohnungen von THS und Evonik- Wohnen zeigen erste Wirkung.

Denn je ein Viertel der Eigentumsrechte an den Wohnungen hat das Kuratorium der RAG-Stiftung vom Evonik-Konzerns auf die RAG-Stiftung und den Pensionsfonds der Evonik übertragen. Sie bleiben so zunächst vom wegen der Finanzkrise erneut verschobenen Börsengang der Evonik verschont. Das hatte auch die LINKE in Bundes- und Landtag gefordert.

Wirkliche Sicherheit für die Mieterinnen und Mieter bieten diese ersten Schritte aber nicht. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Wohnungen dauerhaft im öffentlichen Eigentum bleiben, um eine soziale und gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik zu stärken.

Über die weitere Entwicklung informiert sie das Wahlkreisbüro von Ulla Lötzer unter 0201- 40 02 14 51 gerne.

Dossier:
Parteiprogramm DIE LINKE

Den sozialen Markenkern herausstellen

Interview mit Sahra Wagenknecht,

Ein Gespräch mit Sahra Wagenknecht, stellvertretende Parteivorsitzende und Mitglied des Deutschen Bundestages, über das neue Parteiprogramm. Ralf Fischer sprach für den ESSENER MORGEN mit ihr.

Die Partei DIE LINKE entstand 2007 aus den früheren Parteien PDS und WASG. Nach vier Jahren will sie sich auf ihrem kommenden Parteitag in Erfurt ein Programm geben. Warum erst jetzt?

Die unterschiedlichen Erfahrungen, Biographien und Sichtweisen zu berücksichtigen und zugleich inhaltlich mehr anzubieten als die derzeit noch geltenden Programmatischen Eckpunkte, dafür ist einfach mehr Zeit und eine intensivere Diskussion nötig gewesen. Ich finde aber, dass es sich gelohnt hat. Der Programmvorschlag kann sich sehen lassen.

Wie beschreibst Du die Hauptaufgabe, die das Programm in der heutigen Zeit erfüllen soll?

Wer den Programmvorschlag liest, sieht: Diese LINKE ist grundlegend anders als die Agenda 2010-Parteien. Sie lehnt Militäreinsätze ohne wenn und aber ab, widersetzt sich Privatisierungen und Sozialabbau, fordert eine grundlegende Neuordnung der Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse, um nur einige wesentliche Punkte zu nennen. DIE LINKE bietet zeitgemäße Antworten zu den sozialen Problemen und Lösungsvorschläge zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und fördert die Debatte über gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus. Auch das ist wichtig.

„Millionärsteuer würde Kürzungspakete überflüssig machen."

Wie im Programm einer linken Partei zu erwarten, finden wir auch Worte wie „Neoliberalismus" oder „Imperialismus". Sind das nicht bloß noch altlinke Kampfbegriffe?

Das ganze Desaster der Euro-Krise samt der rabiaten Kürzungspakete, die Militärschläge gegen Libyen und die zunehmende Missachtung des Völkerrechts zeigen doch, dass Kritik an den herrschenden Verhältnissen nötiger denn je ist. Es ist daher völlig richtig, diese Dinge klar beim Namen zu nennen, wie der Programmvorschlag es tut. Die desaströsen Zustände stattdessen schönzureden, daran sollten wir uns nicht beteiligen.

Foto: DIE LINKE

Die Partei strebt einen „Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik" bis hin zur „Veränderung der Eigentumsverhältnisse" an. Was heißt das konkret?

Unsere zentralen Forderungen lauten: Erstens eine Vermögenssteuer zulasten der Reichen. Allein in Deutschland ist das Vermögen der Millionäre auf satte 2,2 Billionen Euro angewachsen und damit höher als die gesamte deutsche Staatsverschuldung. Eine ordentliche Millionärsteuer würde übrigens sämtliche Kürzungspakete überflüssig machen. Zweitens das Finanzkasino schließen. Insbesondere die Spekulationsvehikel müssen verboten und den Zockern das Handwerk gelegt werden. Und drittens fordern wir, den Bankensektor unter öffentliche Kontrolle zu stellen. Das unkontrollierte Gebären der Finanzmafia hat keine demokratische Legitimation.

Wie sieht „gute Arbeit" im 21. Jahrhundert aus? Ist die Rede von einer „neuen Vollbeschäftigung" nicht nur ein haltloses Versprechen?

Das Ziel der Vollbeschäftigung bleibt richtig. Allerdings haben die anderen Parteien dieses Ziel nie ernsthaft verfolgt. Als SPD und Grüne damals das gesetzliche Renteneinstiegsalter auf 67 erhöhten und gleichzeitig von Vollbeschäftigung redeten, war das pure Heuchelei. Arbeitszeitverkürzung, Absenkung des Rentenalters und der Ausbau des öffentlichen Dienstes wären erste wichtige Schritte hin zur Vollbeschäftigung.

Einen Streitpunkt bildet die Arbeitsmarktpolitik. So stehen sich Befürworter und Gegner des „öffentlichen Beschäftigungssektors" gegenüber, so fordern einige das „bedingungslose Grundeinkommen", andere stellen den Mindestlohn ins Zentrum. Lässt sich dies überhaupt vereinbaren?

Konsens ist, dass DIE LINKE den öffentlichen Dienst – verbunden mit hohen sozialen Standards für die Beschäftigten – stärken will. Privatisierungen, Sozialabbau oder eine Verschlechterung öffentlicher Dienstleistungen lehnen wir ab. Leider ist es heute zunehmend Praxis, dass etwa Kommunen infolge Geldmangels soziale Standards schleifen und niedrige Löhne zahlen. Daher halte ich die Schaffung regulärer, tariflich entlohnter und unbefristeter Stellen im öffentlichen Dienst für den besseren Weg als das ÖBS-Modell. Zentrale Aufgabe muss es jedenfalls sein, dass der Wettbewerb um niedrigste Sozialstandards beendet wird. Daran muss sich linke Arbeitsmarktpolitik orientieren.

Vielen sehen die Partei als Lobby für alle Menschen, die in Armut leben. Was bedeutet das Hartz IV-System für unsere Gesellschaft?

Hartz IV bedeutet Armut per Gesetz. Es ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass hierzulande Hungerlöhne gezahlt werden, von denen kein Mensch leben kann. Hinzu kommen die vielen Schikanen und Demütigungen, unter denen Hartz IV-Betroffene zu leiden haben. Wir wollen Hartz IV weg haben und durch eine ordentliche Arbeitslosenversicherung ersetzen.

Frieden und Internationalismus ist ein weiterer Schwerpunkt des Programms. Welche Alternativen zu Militarisierung und Krieg hat DIE LINKE anzubieten?

Die unmissverständliche Ablehnung jeglicher Militäreinsätze, eine Politik des Gewaltverzichts, die Anerkennung der Souveränität der Staaten statt Abhängigkeit von Internationalem Währungsfonds und Weltbank, die Forderung nach Abrüstung statt militärischer Aufrüstung sowie die eindeutige Ablehnung der NATO kennzeichnen ganz wesentlich das friedenspolitische und internationalistische Profil der Partei DIE LINKE.

Dass die Rufe nach einem Ende des Afghanistan-Feldzugs lauter werden oder dass ein FDP-Außenminister dafür gesorgt hat, dass Deutschland im UN-Sicherheitsrat nicht dem Libyen-Einsatz zugestimmt hat, ist nicht zuletzt möglich geworden, weil eine Mehrheit der Bevölkerung Militäreinsätzen eher skeptisch gegenübersteht. An dieser Grundstimmung der Bevölkerung hat auch DIE LINKE ihren Anteil gehabt. In unseren friedenspolitischen Bemühungen dürfen wir daher nicht nachlassen.

„Ohne Demokratie kein Sozialismus" stellt das Programm fest und bekräftigt den „Bruch mit dem Stalinismus". Was macht den „Demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert" aus?

Demokratischer Sozialismus ist ohne eine Neuordnung der Macht- und Eigentumsverhältnisse nicht erreichbar. Der Programmvorschlag bietet hier, denke ich, eine gute Basis. Aber „demokratischer Sozialismus" bedeutet darüber hinaus auch die Möglichkeit freier und kritischer Debatten. In den grundlegenden Fragen soll die Bevölkerung entscheiden können. Die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene und die Legalisierung politischer Streiks könnte dazu beitragen.

Was kann die Partei dazu beitragen, eine breite gesellschaftliche Bewegung für eine „Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung" zu entfachen?

Wir müssen unseren parlamentarischen und vor allem außerparlamentarischen Einfluss erhöhen. Dass geht nur, wenn sich DIE LINKE täglich als glaubwürdige Alternative zum neoliberalen Parteienkartell erweist.

Es muss für unsere Wählerinnen und Wähler und unsere Sympathisantinnen und Sympathisanten immer klar sein, dass mit uns weder Sozialabbau noch Privatisierungen möglich sind und dass wir niemals irgendwelchen Kriegen unsere Zustimmung geben werden. Wenn wir unseren sozialen und friedenspolitischen Markenkern, der uns erfolgreich gemacht hat, halten, vertiefen und noch offensiver vertreten, dann werden wir sicher stärker werden und die anderen Parteien unter Druck setzen können.

Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

DIE LINKE gibt sich ein Programm

Am 16.07.2007 wurde in Berlin nach gleich lautenden Parteitagsbeschlüssen und Mitgliederentscheiden in der 2005 gegründeten „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)“ und der seit 1989 bestehenden „Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)“ die Partei DIE LINKE gegründet.

Ein Programm gab sich die Partei zunächst nicht. Aufgrund der unterschiedlichen Erfahrungen in Ost und West einerseits, der unterschiedlichen politischen Kulturen auch innerhalb der Vorläuferparteien andererseits, beschied man sich mit den bis heute gültigen, kurz gehaltenen „Programmatischen Eckpunkten“ als Minimalkonsens.

Darin heißt es: „Die Programmatischen Eckpunkte sind noch kein geschlossenes Parteiprogramm der neuen Linken. An einem solchen Programm mitzuarbeiten – dazu laden wir ein... Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab – Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend.“

Eine Programmkommission wurde eingesetzt, die im März 2010 einen ersten Entwurf vorstellte. Eine breite Diskussion in der Partei erbrachte sowohl alternative Entwürfe, als auch über 500 Änderungsvorschläge. Ein Programmkonvent mit rund 800 aktiven Mitgliedern diskutierte am 07./08.11.2010 in Hannover in acht Arbeitsgruppen zu den verschiedenen Abschnitten. Diese Debatten führten zu einer umfangreichen Überarbeitung, deren Ergebnis seit Mai 2011 vorliegt. Die Beschlussfassung erfolgt auf dem Erfurter Bundesparteitag vom 23.-25.10.2011. Dabei stehen noch rund 180 Änderungsanträge zur Abstimmung.

R.F.

Von Ralf Fischer

Dossier: Parteiprogramm DIE LINKE

Vorgestellt: Das neue Parteiprogramm

Dafür steht DIE LINKE

Programmkonvent – lebhafte Diskussionen (Foto: DIE LINKE)

Vier Jahre nach ihrer Gründung gibt sich DIE LINKE ein Parteiprogramm. Lange Zeit blieb unklar, wer diese Partei eigentlich ist und wohin sie will. Nun kann die interessierte Öffentlichkeit nachlesen und beurteilen, welche gesellschaftspolitischen Ziele und welche konkreten Reformvorschläge sie für die heutige Zeit anzubieten hat.

Das Programm ist in fünf Kapitel gegliedert. Zur Einführung dient eine Präambel, in der neben weltanschaulichen Grundlagen das gesellschaftspolitische Ziel zusammen gefasst wird: eine Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung. Ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, der demokratische Sozialismus, wird dafür als Voraussetzung benannt. Die Präambel schließt mit einer Einladung an alle Menschen, die eine andere Gesellschaft wollen, in und mit der Partei dafür zu streiten.

Im ersten Kapitel mit dem Titel „Woher wir kommen, wer wir sind“ schließt sich eine Darstellung fortschrittlicher Politik seit Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft an. Die Traditionslinien der bürgerlichen Revolutionen, der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, der Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegung sowie die Lehren aus Faschismus und Krieg werden ebenso dargestellt wie die Spaltung der Arbeiterbewegung in verschiedene Strömungen und die Spaltung in Ost und West. DIE LINKE sieht sich als Teil dieser Traditionen, deren fortschrittliche Ansätze sie als plurale und demokratische Kraft weiter entwickeln will.

Das zweite Kapitel „Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation“ beschreibt die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Kehrseiten des Wohlstands Weniger sind die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, Hunger, Trinkwassermangel, Zerstörung von Lebensgrundlagen, Massenerwerbslosigkeit und Krieg. Die patriarchale Unterdrückung der Frauen wird als integraler Bestandteil des Kapitalismus beschrieben, die deutsche Gesellschaft als Klassengesellschaft. Zudem übt die weltumspannende Macht der multinationalen Konzerne maßgeblichen Einfluss auf internationale Institutionen und die Wirtschafts- und Sozialpolitik vieler Staaten aus. Die neoliberale Öffnung der Märkte mit Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau haben zu einer gewaltigen Finanzblase geführt, die ganze Länder in den Abgrund reißen kann. Diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung muss überwunden werden, weil sie weder den Ansprüchen an sozialen Zusammenhalt, noch demokratischen Ansprüchen, noch der ökologischen Herausforderung, noch dem Gebot der friedlichen internationalen Zusammenarbeit gerecht wird.

Im dritten Kapitel entwickelt DIE LINKE ihre Vorstellung vom „Demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert“. Dieser wird nur zu erreichen sein, wenn Mehrheiten für eine andere Art zu arbeiten und zu leben gewonnen werden können. Demokratie und Sozialismus sind daher untrennbar verbunden. Zentral bleibt die Eigentumsfrage. In Abkehr von staatssozialistischen Vorstellungen strebt DIE LINKE einen Mix unterschiedlicher Eigentumsformen an, bei dem auch kleine und mittlere Unternehmen ihre Bedeutung haben. Strukturbestimmende Großbetriebe und die Banken gehören jedoch gesellschaftlich kontrolliert, damit sie der Allgemeinheit dienen. Da öffentliches Eigentum allein kein Garant für ein neues Wirt-

Ausgesuchte Programmzitate

Eine bessere Welt ist möglich

DIE LINKE steht für Alternativen, für eine bessere Zukunft. Wir, demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, demokratische Linke mit unterschiedlichen politischen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Einflüssen, Frauen und Männer, Alte und Junge, Alteingesessene und Zugewanderte, haben uns in einer neuen linken Partei zusammengeschlossen. Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist. (...) Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.

aus: Dafür steht DIE LINKE

Ausgesuchte Programmzitate

Aktive Gegenwehr entwickeln

Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird... Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und ringen um eine andere Politik. Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Werten. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Wir kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit diesen Zielen unvereinbar ist. Wir haben uns zusammengeschlossen zu einer neuen politischen Kraft, die für Freiheit und Gleichheit steht, konsequent für Frieden kämpft, demokratisch und sozial ist, ökologisch und feministisch, offen und plural, streitbar und tolerant... Wir wollen eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die wechselseitige Anerkennung der Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung aller wird. Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet.

aus: Dafür steht DIE LINKE

Ausgesuchte Programmzitate

Lehren aus dem Faschismus

Die Barbarei und der verbrecherische Krieg der deutschen Faschisten zerstörten weite Teile Europas. Millionen Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Partisanen und andere wurden systematisch ermordet. Bei der Zerschlagung des Faschismus erbrachte die Sowjetunion die größten Opfer...

Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen ... eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegentreten. Insbesondere diese Verantwortung verpflichtet auch uns, für das Existenzrecht Israels einzutreten. Zugleich stehen wir für eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung und damit die völkerrechtliche Anerkennung eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen.

Der Schwur von Buchenwald „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus" hatte in den 50er Jahren nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Westdeutschland eine große Ausstrahlung. Die Erfahrungen der vom deutschen Faschismus Verfolgten prägten das ursprüngliche Asylrecht im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das heute bis zur Unkenntlichkeit durchlöchert ist und das die LINKE wiederherstellen will.

aus: Kapitel I, Woher wir kommen, wer wir sind

schaften ist, soll die Wirtschaft von Wirtschafts- und Sozialräten begleitet werden, die auch das Recht zu gesetzgeberischer Initiative erhalten.

Im vierten Kapitel „Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung" geht es um konkrete Vorschläge zur Veränderung der heutigen Gesellschaft. Das Kapitel unterteilt sich in fünf Bereiche: „Gute Arbeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit", „Demokratisierung der Gesellschaft", „Sozial-ökologischer Umbau", „Umgestaltung der Europäischen Union" und „Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung". Es sprengte hier den Rahmen, die einzelnen Punkte im Detail zu erläutern. Es handelt sich jedoch stets um Konzepte, die – eine gesellschaftliche Mehrheit vorausgesetzt – unmittelbar umgesetzt werden könnten.

Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

Bekannte Forderungen sind darunter: ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, eine armutsfeste Rente mit Inflationsausgleich, die Abschafffung von Hartz IV, eine solidarische Bürgerversicherung in einem öffentlichen Gesundheitswesen, die unverzügliche Stillegung aller Atomkraftwerke, ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr, das aktive und passive Wahlrecht für alle, die in Deutschland leben, die Vermögensteuer und Anhebung der Erbschaftsteuer. Aber es werden auch Forderungen in Bereichen wie Landwirtschaft und regionaler Strukturförderung, Medien, Urheberrecht, Justiz und Seniorenpolitik entwickelt, mit denen DIE LINKE sich bislang noch wenig beschäftigt hat.

Einige Vorschläge überraschen, weil sie als umstritten in der Partei galten, nun aber mit großer Einmütigkeit beschlossen werden dürften. Dazu gehört die Auflösung der NATO und die Abrüstung der Bundeswehr mit dem Ziel eines Europas ohne Armeen. Dazu gehört auch die Einarbeitung feministischer Ansätze in vielen Passagen mit dem Ziel einer echten, nicht nur formalen Gleichstellung der Geschlechter.

Im abschließenden fünften Kapitel „Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft" bestimmt DIE LINKE ihre Kernaufgaben. Mit breiten Bündnissen linker Kräfte sowie der Beteiligung der Partei an sozialen Bewegungen, Initiativen und Projekten soll die Entwicklung langfristiger Reformalternativen gelingen. Die Arbeit in Parlamenten dient dabei der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Regierungsbeteiligungen werden nur in Erwägung gezogen, wenn sie eine Abkehr vom Neoliberalismus und einen sozial-ökologischen Richtungswechsel bedeuten. Ein neuer Politikstil der Transparenz, des gesellschaftlichen Dialogs und der direkten Bürgerbeteiligung wird angestrebt, damit möglichst viele Menschen gemeinsam „für Demokratie und Freiheit in einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus ohne Ausbeutung und Unterdrückung" streiten.

Etlichen Mitgliedern geht mancher Absatz nicht weit genug. So liegen Änderungsanträge vor, die feministische Perspektive noch umfassender aufzunehmen, den Öffentlichen Beschäftigungssektor abzulehnen, ein Kapitel zum Rechtsextremismus und Rechtspopulismus aufzunehmen, die Seniorenpolitik mit weiteren Forderungen zu untermauern. Einige Passagen, wie die nach einer Trennung zwischen Kirche und Staat, sind noch nicht durch konkrete Forderungen unterfüttert, obwohl dies leicht möglich wäre. Zu nennen wäre die Abschaffung der Kirchensteuer, weil die Kirchen, wie alle Vereine, bitte ihre Mitgliedsbeiträge selbst zu kassieren haben. Auch die Auflösung des Reichskonkordats mit dem Papst wird nicht gefordert, wäre aber Voraussetzung, um kirchliche Ausbildung und Lehre nicht mehr durch allgemeine Steuern zu finanzieren. In einigen gesellschaftlichen Fragen steht DIE LINKE erst am Anfang ihres Entwicklungsprozesses.

Dennoch bietet das Programm eine gute Grundlage für die politische Arbeit. Und es steht nicht im luftleeren Raum, sondern muss sich an der Wirklichkeit messen lassen. Die Debatten werden weiter gehen. Daher sind Sie, liebe Leserinnen und Leser, nicht nur die Mitglieder der Partei, herzlich dazu eingeladen, uns Ihre Fragen zu stellen, uns Ihre Meinung zu sagen, uns Ihre Vorschläge zu unterbreiten!

Das vollständige Programm ist von der Internetseite der Partei unter www.die-linke.de/programm abrufbar oder kann beim Essener Kreisverband unentgeltlich angefordert werden.

Gewohnt kämpferisch: Oskar Lafontaine auf dem Landesparteitag NRW an 10.09.2011 in Mülheim (Foto: S. Dolge)

Ausgesuchte Programmzitate

Bruch mit dem Stalinismus

Im Osten Deutschlands prägte der Sozialismusversuch die Lebensgeschichte der Menschen. (...) Zu den Erfahrungen ... zählen die Beseitigung von Erwerbslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen, die weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Kultur sowie die Umstrukturierung der Landwirtschaft in genossenschaftliche und staatliche Betriebe...

Auf der anderen Seite standen Erfahrungen staatlicher Willkür und eingeschränkter Freiheiten, wie der Aufbau eines staatlichen Überwachungsapparates gegen die eigene Bevölkerung. Wichtige Reformansätze wurden nach kurzer Zeit immer wieder autoritär abgewürgt. Die Demokratie blieb auf der Strecke, und eine ökologische Orientierung hatte wenig Chancen...

Es ist deutlich geworden: Ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes demokratisch gestaltet, sondern von einer Staats- und Parteiführung autoritär gesteuert wird, muss früher oder später scheitern. Ohne Demokratie kein Sozialismus. Deshalb formulierten die Mitglieder der SED/PDS auf einem außerordentlichen Parteitag im Herbst 1989: „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System"... Der Bruch mit dem Stalinismus betrifft nicht nur den Osten, sondern hat auch für den Westen hohe Bedeutung. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung sind unverzichtbar.

aus: Dafür steht DIE LINKE

Ausgesuchte Programmzitate

Der gegenwärtige Kapitalismus

Der Kapitalismus von heute ist räumlich und zeitlich entgrenzt, er hat sich die ganze Welt untertan gemacht. Das Verhältnis zur Natur und fast alle menschlichen Beziehungen werden zu Warenbeziehungen. Pflanzliche und menschliche Gene werden patentiert, damit der Allgemeinheit entzogen, Saatgut ist nicht mehr frei verfügbar, von dörflichen Brunnen bis zu den Metropolen wird Wasser privatisiert, Mutterschaft wird zur Handelsware, Landraub zerstört ganze Gemeinschaften. Nahrungsmittel werden zu Spekulationsobjekten an den Börsen, ausreichende und gesunde Nahrung ist für Millionen Menschen nicht mehr erschwinglich, die Früchte des Bodens landen darüber hinaus als Kraftstoff in den Tanks der Reicheren. Multinationale Konzerne bestimmen die Preise, bestimmen, was angebaut und gefördert wird, dominieren die Handelsketten. Sie üben maßgeblich Einfluss aus auf die Welthandelsorganisation WTO, auf Weltbank und Internationalen Währungsfonds, die die internationalen Handelsflüsse, die Wirtschafts- und Sozialpolitiken weltweit bestimmen. Die Macht der multinationalen Konzerne muss begrenzt, eingeschränkt und gebrochen werden...

aus: Kapitel II, Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation

Dossier:
Parteiprogramm DIE LINKE

Weil es Sinn macht...

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren?

Von Waltraut Steuer

„Wir diskutieren darüber, inwieweit mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor über die Arbeitsmarktpolitik hinaus die Beschäftigung im Non-Profit-Bereich dauerhaft fortentwickelt und gestärkt werden kann."

Ist dieser Öffentliche Beschäftigungssektor (ÖBS) wirklich geeignet, Probleme des Arbeitsmarktes zu bewältigen?"

Für viele ist der ÖBS nur ein weiteres Workfare-Konzept, das in Berlin und Brandenburg „erfolgreich" umgesetzt wird. „Bürgerarbeit" oder „sozialer Arbeitsmarkt" sind andere Bezeichnungen, meinen aber im Wesentlichen das Gleiche (Workfare-State = Hausarbeit im öffentlichen Raum): Es soll Arbeit finanziert werden statt Arbeitslosigkeit. Hinter dem Wort Arbeitslosigkeit stehen lebendige erwerbslose Menschen, die seit Jahren durch Hartz IV unter dem Existenzminimum in Armut leben. Die Erwerbslosigkeit im Rechtskreis SGB II nimmt stetig zu, allen voran bei den über 50jährigen, chronisch kranken und behinderten Menschen. Der Bund hat seine Mittel des Eingliederungsbudgets zurückgenommen.
Sowohl die Praxis der Ein-Euro-Jobs als auch die Entgeltvariante oder der Kombilohn waren nicht zielführend und haben Erwerbslose nicht in den Arbeitsmarkt integrieren können, sondern eher behördlichen Missbrauch gefördert. Profitiert haben von der Armutsindustrie lediglich die Bildungs- und Beschäftigungsträger, gemeinnützige Vereine und Wohlfahrtsverbände und auch kommunale Töchter. Der ÖBS jedoch ist jetzt die rettende Idee, arbeitsmarktferne langzeiterwerbslose Menschen zu aktivieren, und zwar langfristig zu aktivieren, um die erforderliche Fitness des Individuums arbeitsmarkttauglich herzustellen.
Für die Aktivierungsphase sind selbstverständlich die gleichen schon erfahrenen Anbieter zuständig, die immer schon sinnlose Beschäftigung verkauft haben. Aber hier geht es um „gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung". Passgenau und zielgerecht werden Erwerbslose in der Gemeinwohlarbeit eingesetzt. Über Kundenstrukturanalyse und Testverfahren wird der Einzelne gescannt, mitunter auch psychiatrisiert, aber was soll's, Langzeiterwerbslose sind per Verwaltung eh stigmatisiert als Subjekte mit multiplen Vermittlungshemmnissen. Passt schon.
Im ÖBS übernehmen die TeilnehmerInnen Aufgaben zum Wohle des Gemeinwesens, wie z.B. Betreuung in Familien mit Migrationshintergrund, Begleitservice im ÖPNV, Kinderbetreuung, Seniorenbetreuung... Überall dort, wo sich die Kommune aus der Daseinsfürsorge zurückgezogen hat, wo einmal Sozialarbeiter, -pädagogen, Kindergärtnerinnen und Angestellte im öffentlichen Dienst ihre Arbeitsstellen inne hatten, springt jetzt der ÖBS ein.

Die neoliberale Streichungsorgie im Öffentlichen Dienst in Brandenburg, auch andernorts, macht deutlich, dass es nicht um die Reduzierung der Erwerbslosigkeit geht, sondern um weiteren Stellenabbau, es werden 15.000 Stellen gestrichen, aber 8.000 Stellen im ÖBS geschaffen. .So sparen natürlich ausgehungerte und unterfinanzierte Kommunen Lohnkosten. Und darüber hinaus können passive Leistungen, wie die Kosten der Unterkunft, die von den Kommunen getragen werden, eingespart werden. Denn die versicherungspflichtige Beschäftigung im ÖBS wird finanziert über einen Beschäftigungszuschuss (Bund) nach § 16e SGB II und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Versicherungspflichtig meint: ohne Arbeitslosenversicherung. Wozu auch, es geht ja um „sinnvolle Beschäftigung", muss reichen.

Die „angemessene" Entlohnung, übrigens ein unbestimmter Rechtsbegriff, für eine 30-Stunden-Woche beläuft sich auf ca. € 1.300 brutto. Netto bleiben wir auf Hartz IV-Niveau, aber die Kommune kann ihre passive Leistung zurückfahren. Für maximal zwei Jahre, denn danach ist der „sinnvoll Beschäftigte" wieder im ALG-II-Bezug.
Die bisherige Gemeinwohlarbeit, wie wir diese seit 2005 kennen, war ein in sich geschlossenes und selbstorganisierendes System, weit abgehängt vom ersten Arbeitsmarkt. Ein großes Problem war hierbei das Diktat der „Zusätzlichkeit". Im ÖBS kann aber die Zusätzlichkeit, wenn wir diese nicht abschaffen wollen, was auch möglich wäre, ausgeweitet werden auf die Privatwirtschaft. Über Vergabemaßnahmen, das gleiche Prinzip wie bei der Leiharbeit, nur ist das Entlohnungsniveau noch niedriger. Die Aktivierungsphase können Langzeiterwerbslose übrigens auch in privatwirtschaftlichen Betrieben durchlaufen.
Erwerbslose werden durch den ÖBS zu einer Verfügungsmasse, auf die jeder Interessent zugreifen kann.
Bleibt noch die Freiwilligkeit zur Teilnahme am ÖBS. Wer kann noch von Freiwilligkeit sprechen, wenn der Hartz IV-Regelsatz den Ernährungsbedarf von Kindern und Erwachsenen nicht abdeckt, sondern zwei Wochen im Monat hungern bedeutet? Wie freiwillig kann jemand eine Eingliederungsvereinbarung unterschreiben, wenn über den § 31 SGB II Sanktionen, also Leistungsentzug drohen?

DIE LINKE NRW hat sich auf ihrem Landesparteitag im September mit großer Mehrheit gegen den „Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor" und für einen Änderungsantrag zum Parteiprogramm entschieden. Daraus:
„Nicht nur die Privatwirtschaft, auch Kommunen und Wohlfahrtsverbände bedienen sich bei Langzeiterwerbslosen, um soziale und kommunale Aufgaben zum Billiglohn erledigen zu lassen. Gewerkschaften und Handelskammern beklagen die dadurch verursachte Verdrängung von Tarifarbeitsplätzen. DIE LINKE ist sich bewusst, dass es nicht multiple Vermittlungshemmnisse sind, sondern in erster Linie der Mangel an Tarifarbeitsplätzen, die nach unten durch einen gesetzlichen Mindestlohn abgesichert sind, der uns in die katastrophale Situation gebracht hat, dass immer mehr Menschen mit Hartz IV aufstocken müssen und vom ersten Arbeitsmarkt dauerhaft ausgeschlossen werden.[...]"
Der ÖBS führt geradewegs in eine Sackgasse. Wer den sozialen Arbeitsmarkt befürwortet, nimmt nicht nur Altersarmut in Kauf, sondern schreibt fort die Ausweitung des Niedriglohnsektors, die weitere Zunahme der Leiharbeit, die Schwächung der Gewerkschaften und den galoppierenden Stellenabbau – nicht nur im Öffentlichen Dienst. Der ÖBS bleibt in der rot-grünen Logik der Agenda 2010 und zementiert das Hartz IV-System. Der § 31 SGB II ist eine der entscheidenden Stellschrauben, die aus unserer Republik ein Niedriglohnland machen konnten.

Eine Sackgasse ohne Wendemöglichkeit? Statt ÖBS,

- *ein* Arbeitsmarkt für alle,
- Schaffung von „voll" versicherungspflichtigen Arbeitsstellen,
- flächendeckender Mindestlohn,
- tarifliche Entlohnung,
- Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich,
- Umschulung und Weiterbildung für Erwerbslose,
- ausreichend finanzielle Ausstattung der Kommunen,
- Hartz IV muss weg.

Diese Forderungen umzusetzen wäre doch eine „sinnvolle Beschäftigung" für politische Entscheider, setzte aber voraus, dass diese sich aus der Geiselhaft des Kapitals befreien. Was macht Sinn?

Waltraut Steuer ist Vorsitzende der BG45 – Hartz4-Netzwerk-Essen

Programmkonvent – Klaus Ernst

Ausgesuchte Programmzitate

Aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Die neoliberale Entstaatlichungs- und Privatisierungspolitik der vergangenen Jahre hat zu einer massiven Unterversorgung geführt. Die Überwindung des öffentlichen Investitionsstaus und ein Ausbau öffentlicher Beschäftigung sind überfällig. Es ist eine Schande, dass in einem reichen Land wie Deutschland Straßen verrotten, Schulgebäude verfallen, Kinder und Jugendliche keine gute Bildung erhalten, Pflegebedürftige vernachlässigt und kommunale Bibliotheken oder Schwimmbäder aus Geldmangel geschlossen werden. (...) DIE LINKE fordert große öffentliche Zukunfts- und Investitionsprogramme für Bildung, für soziale, ökologische und Verkehrsinfrastruktur. Dies schafft Nachfrage und Beschäftigung in privaten Unternehmen ebenso wie im öffentlichen Dienst. (...)
Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich in besonderem Maße für all diejenigen Menschen engagiert, die schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben... Öffentlich geförderte Beschäftigung muss sinnvolle und tariflich bezahlte Arbeitsplätze anbieten. Diese sollten besonders dort geschaffen werden, wo der Markt Bedürfnisse im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich nicht abdeckt. Die Annahme dieser Arbeitsplätze ist freiwillig. Wir diskutieren darüber, inwieweit mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor über die Arbeitsmarktpolitik hinaus die Beschäftigung im Non-Profit-Bereich dauerhaft fortentwickelt und gestärkt werden kann.

aus: Kapitel IV, Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung

Foto: Jörg Bütefür

Mit Essen spielt man nicht

Von Jürgen Klute/Karsten Peters

Nicht erst seit den jüngsten Dürren am Horn von Afrika und den damit einhergehenden Fluchtbewegungen sind die Spekulationen an den Weltmärkten mit Nahrungsmitteln in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Was hat es damit auf sich und welche Schritte zur Begrenzung dieser Spekulationen mit Nahrungsmitteln sind möglich?

Viele Experten sehen die steigende Anzahl der Indexfonds als wesentlichen Preistreiber auf den Lebensmittelmärkten.

Was in Europa im schlimmsten Fall ärgerlich ist, führt in Ländern wie Mali, Pakistan oder Äthiopien zu ernsthaften Problemen: Während ärmere Haushalte in Deutschland rund 15 % ihres Einkommens für die Ernährung ausgeben, sind es in den armen Ländern des Südens oft mehr als zwei Drittel. Steigen also die Lebensmittelpreise auch nur minimal, so führt das in vielen Ländern unmittelbar zu ernsthaften Problemen – ein wesentlicher Grund, weshalb auch die Europäische Union sich nun der Nahrungsmittelspekulation annimmt, die als eine der Ursachen für die starken Preisschwankungen der letzten Jahre gilt. Ein klarer Nachweis dieses Zusammenhangs ist jedoch nicht ganz einfach.

Grundsätzlich ist beim Handel mit Agrarrohstoffen wie zum Beispiel Weizen zu unterscheiden zwischen den Warenterminmärkten und den Spotmärkten. An Spotmärkten wird der echte, fassbare und geerntete Weizen gehandelt, der naturgemäß in der Erntezeit in relativ großem Umfang angeboten wird. Dass dieses Angebot schwankt, ist angesichts von Missernten nicht weiter verwunderlich.

Auf den Weizenterminmärkten andererseits findet kein Handel mit Weizen statt, sondern mit Futures. In der einfachsten Form verabredet ein Landwirt im Frühjahr mit dem Müller den Verkauf seiner Weizenernte Ende August zu einem bei Vertragsabschluss verabredeten Preis. Damit haben beide eine Absicherung gegen Preisschwankungen und können kalkulieren. Gleichzeitig gehen auch hier schon Müller und Landwirt ein Spekulationsgeschäft ein: Der Bauer kann sich besonders dann über seinen Future freuen, wenn die Preise sinken, er also gegenüber seinen Nachbarn ohne Future mehr Gewinn macht. Der Müller andererseits macht einen höheren Gewinn mit dem Future, wenn der Preis steigt, dann kann er den Weizen relativ billig kaufen und ihn teuer verkaufen.

Auf den modernen Terminmärkten sind zwischen Bauer und Müller nicht nur zahlreiche Zwischenhändler getreten, die diese Geschäfte vermitteln. Hinzu kommen Genossenschaften, Getreidehändler, Verarbeiter und seit einigen Jahren in massiv steigendem Umfang Indexfonds und andere Finanzmarktakteure. Und die Terminmärkte sind es, an denen der wesentliche Teil der Spekulation stattfindet, wobei die größte Rolle den Indexfonds zukommt.

Auch Indexfonds kaufen Futures, allerdings haben sie nicht das geringste Interesse an Weizen. Kurz bevor der Future fällig ist, wandeln die Investoren ihn in einen neuen Future um. Da die Anzahl der Indexinvestoren massiv steigt, erhöht sich die entsprechende Nachfrage beständig und das wiederum führt zu steigenden Futurepreisen. Diese steigenden Futurepreise wiederum bescheren den Indexinvestoren weitere Gewinne, die Attraktivität von Investitionen in Nahrungsmittelindizes steigt also.

Jürgen Klute, MdEP

Dass die Entwicklung aber auch in entgegengesetzter Richtung funktioniert, zeigt Grafik 2. Der massive Rückgang des Nahrungspreisindices zwischen Juni und Dezember 2008 geht einher mit einem ebenso deutlichen Rückgang der Indexinvestitionen: Nach der Lehman-Pleite im September 2008 mussten die Finanzanleger schnellst möglich Geld locker machen, um Banken und andere Institute vor der Pleite zu bewahren – der Ausstieg aus den Indexinvestitionen führte zum Einbruch bei den Lebensmittelpreisen.

Da diese Schwankungen nicht auf die Veränderung von Angebot und Nachfrage von Weizen und anderen Produkten, sondern auf die Indexinvestitionen zurück zu führen sind, treffen die Schwankungen die Landwirte völlig unvorbereitet – nur weil der Preis abstürzt, kann der Landwirt nicht unmittelbar seine Produktion herunterfahren und ebenso wenig kann eine Familie in Mali beschließen, weniger zu essen, weil Mais doppelt so teuer ist wie wenige Monate zuvor.

Unter anderem um dieser gefährlichen Spekulation und der heftigen Preisschwankungen auf den Lebensmittelmärkten Herr zu werden, verhandelt das Europäische Parlament ab Mitte Oktober eine Überarbeitung der Finanzmarktrichtlinie (MiFID, Markets in Financial Instruments Directive).

Zentrale Punkte zur Begrenzung der Lebensmittelspekulation:

- strenge Aufsicht speziell für die Rohstoff- und Lebensmittelmärkte
- Positionslimits: Die Menge von Futures eines Produkts, die ein Händler halten darf, werden streng begrenzt. So kann verhindert werden, dass einzelne Händler eine Markt beherrschende Stellung erlangen
- Handelsbeschränkungen: es werden nur noch Verarbeiter, Rohstoff- und Lebensmittelhändler sowie Erzeuger und Erzeugergemeinschaften für den Handel an Warentermin- und Spotmärkten zugelassen
- Preislimits: an den Wertpapierbörsen gibt es bereits die Regel, dass der Handel ausgesetzt wird, wenn die Preise Kapriolen schlagen, ähnliches braucht es für die Rohstoffmärkte
- absolute Preisgrenzen: gerade für Lebensmittel, die von Ländern des globalen Südens zur Versorgung ihrer Bevölkerung importiert werden, sind absolute Höchstpreise erforderlich
- Transparenz: vor allem auf den OTC-Märkten bestimmen Nebelbänke das Marktgeschehen: Die Aufsichtsbehörden und die Zivilgesellschaft müssen Zugang zu Marktinformationen erhalten, um Fehlentwicklungen vorzubeugen. Erste Schritte sind auf EU-Ebene bereits getan, sie reichen aber nicht aus.

Jürgen Klute vertritt DIE LINKE als Abgeordneter im Europaparlament und ist dort Mitglied im Wirtschafts- und Währungsausschuss. Karsten Peters ist sein Mitarbeiter im Wahlkreisbüro Herten. Kontakt: Europa-Wahlkreisbüro Herten, Hermannstr. 19, 45699 Herten, Tel. 02366/5005512, E-Mail eu-buero.nrw@juergen-klute.eu“

Fotos: Gesellschaft für Deutsch-Russische Begegnung Essen

20 Jahre Städtepartnerschaft Essen – Nishnij Nowgorod

Von Horst Beger

Insgesamt fünf Städtepartnerschaften hat die Stadt Essen: Sunderland in Großbritannien (seit 1949), Tampere in Finnland (seit 1960) und Grenoble in Frankreich (seit 1974). Die beiden jüngsten Partnerstädte sind Tel Aviv in Israel und Nishnij Nowgorod in Russland (beide seit 1991) – letztere Dank einer Initiative der Gesellschaft für Deutsch-Russische Begegnung Essen.

„Es ist an der Zeit“, mit diesem Aufruf aus Goethes „Märchen“ bildete sich im Mai 1989 anlässlich einer deutsch-sowjetischen Friedenswoche aus der Essener Friedensgesellschaft heraus eine Initiative zur Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Russische Begegnung Essen. Ziel war es, mehr als vierzig Jahre nach Kriegsende auch Kontakte nach Osten zu knüpfen, nachdem dies mit dem Westen längst selbstverständlich geworden ist, und eine Städtepartnerschaft zwischen Essen und einer russischen Partnerstadt zu gründen.

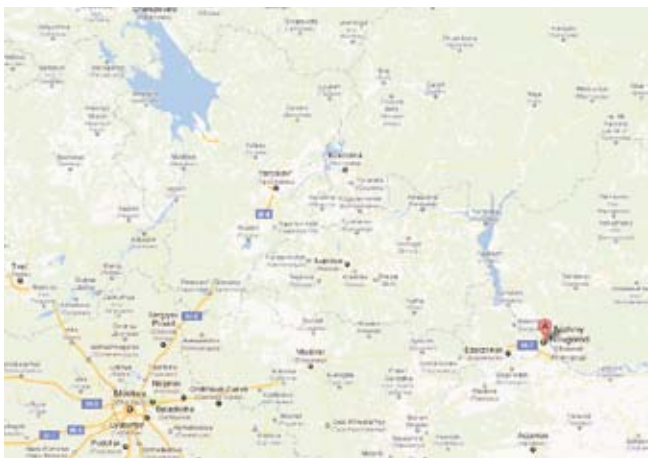
In der damals noch gesperrten Stadt Gorki an der Wolga, die 1990 ihren alten Namen Nishnij Nowgorod wieder annahm, fanden wir dann die gewünschte Partnerstadt, die im September 1991 auch offizielle Partnerstadt Essens wurde. Der Partnerschaftsvertrag wurde am 10. September 1991 von der damaligen Oberbürgermeisterin Anette Jäger in Nishnij Nowgorod unterzeichnet. Und als „Paten“ waren Austauschschüler der Waldorfschule Essen, die obligatorisch Russischunterricht haben, dabei, nachdem bereits im März 1991 eine erste Schüleraustauschgruppe aus Nishnij Nowgorod in Essen war.

Friedensdienst in sozialen Einrichtungen für junge Menschen

Horst Beger vertritt DIE LINKE im Ausschuss für Stadtentwicklung und Stadtplanung und ist Mitglied im Vorstand der *Gesellschaft Deutsch-Russische Begegnung*

Solche Begegnungen auf „unterer“ Ebene halten die Städtepartnerschaft zwischen Essen und Nishnij Nowgorod bis heute lebendig. So entsendet die Gesellschaft für Deutsch-Russische Begegnung Essen seit 1963 in eigener Trägerschaft jährlich drei bis fünf junge Menschen zu einem Friedensdienst in soziale Einrichtungen unserer Partnerstadt (Waisenhaus, Krankenhaus, Einrichtungen für behinderte Kinder). Ebenfalls in eigener Trägerschaft vermitteln wir seit 1994 jährlich zehn bis fünfzehn russische Au-Pairs (meist Studentinnen der deutschen Sprache) in entsprechende Essener Gastfamilien. Und in diesem Jahr haben wir erstmals zwei russische StudentInnen zu einem Friedensdienst nach Essen eingeladen, um die Möglichkeit eines freiwilligen sozialen Jahres auch in unserer Partnerstadt anzuregen.

Nicht zuletzt findet auch regelmäßig ein kultureller Austausch zwischen den Partnerstädten statt. So war vor zwei Jahren der Kettwiger Bachchor mit 40 SängerInnen in Nishnij Nowgorod, um dort erstmals die Johannespassion aufzuführen. Und im vergangenen Jahr war im Gegenzug der Chor des Glinka Konservatoriums aus Nishnij Nowgorod zu verschiedenen Konzerten in Essen. Ein solcher Austausch von größeren Gruppen überschreitet natürlich die finanziellen Möglichkeiten der Essener Gesellschaft von rund 150 Mitgliedern und ist nur möglich, wenn sich entsprechende Sponsoren finden.



Informations- und Kulturveranstaltungen, Delegationsempfänge, Konzerte und Feste

Aus Anlass des 20-jährigen Städtepartnerschafts-Jubiläums kam Mitte September die russische Pianistin Inga Kazantseva, die vor 20 Jahren auf Studentin schon einmal in Essen auftrat, zu einem Klavierkonzert nach Essen. Aus diesem Anlass sprach OB Paß ein Grußwort und auch die Vorsitzenden der Ratsfraktionen waren eingeladen – für DIE LINKE nahm Hans Peter Leymann-Kurtz den Termin wahr.

Das Wort „Friede(n) stammt von der indogermanischen Wurzel „priti-h“ „Freude“, altslavisch prijati „beistehen“ und bedeutet ursprünglich „Freundschaft“.

„Die Gronauer Bevölkerung lebt auf einem Pulverfass.“

Interview mit Udo Buchholz vom AKU Gronau.

In NRW befindet sich zwar kein Atomkraftwerk, dennoch ist unser Land ein wichtiger Standort für die Atomwirtschaft. So wird in Gronau Uran angereichert, was sowohl in Atomkraftwerken weltweit wie in der Rüstungsindustrie Verwendung findet. Claudia Jetter sprach für den ESSENER MORGEN mit Udo Buchholz vom AKU Gronau.

Udo, Du bist seit 1981 im Arbeitskreis Umwelt hier in Gronau mit dabei – also seit 30 Jahren. Was war bzw. was ist Deine persönliche Motivation, Dich im Widerstand gegen die Urananreicherungsanlage (UAA) hier in Gronau zu engagieren?

Ich wohne relativ dicht an der UAA und sehe oft die Uran-LKW fast vor meiner Haustür vorbeifahren. Die Gefahren der Anlage und der Atomtransporte sind somit ständig gegenwärtig. Ich hab erstmals 1980 an einer Demonstration gegen die UAA, damals noch gegen den drohenden Bau, teilgenommen. Danach schloss ich mich, noch als Schüler, der damaligen ersten Gronauer Bürgerinitiative gegen die UAA an. Im Frühjahr 1981 wurde die Bürgerinitiative in Arbeitskreis Umwelt Gronau umbenannt. Durch die persönliche Betroffenheit und als grundsätzlicher Gegner jeglicher Atomenergienutzung bin ich bis heute aktiv geblieben und bin jetzt auch auf Bundesebene im Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz aktiv.

NRW gilt ja als „AKW-freie-Zone“. Nichtsdestotrotz ist NRW ein bedeutender Standort für die Atomwirtschaft – nicht zuletzt wegen der UAA Gronau. Viele Menschen können sich vermutlich nicht vorstellen, was hier überhaupt gemacht wird, kannst Du das bitte kurz erläutern?

Es stimmt, in NRW sind viele, zum Teil kaum bekannte Standorte und Unternehmen der Atomindustrie. Beispielsweise wird in Ahaus Atommüll gelagert, in Duisburg wird Atommüll verarbeitet und in Jülich ist das Atomforschungszentrum mit seinen strahlenden Hinterlassenschaften. Die Gronauer Urananreicherungsanlage ist weltweit für die Atomindustrie von Interesse. In ihr wird Uran für den späteren Einsatz in Atomkraftwerken vorbereitet. Dabei wird mittels Zentrifugen die Zusammensetzung der Uranisotope verändert.

Welche Bedeutung hat damit die UAA Gronau für die weltweite Atomwirtschaft?

Ohne Urananreicherung wären fast alle Atomkraftwerke nicht produktionsfähig. Und von Gronau aus werden Atomkraftwerke in verschiedenen Ländern mit angereichertem Uran beliefert. Von Gronau aus wurde sogar Uran nach Japan geliefert. Und die Schwesteranlage der Gronauer UAA im niederländischen Almelo hat sogar schon für Tepco produziert. Tepco ist, bzw. besser gesagt war, der Betreiber der Atomkraftwerke in Fukushima. Wichtig zu wissen ist auch, dass mit Urananreicherungsanlagen grundsätzlich sowohl Uran für Atomkraftwerke, aber auch Uran für Atomwaffen, angereichert werden kann. Die in Gronau genutzte Zentrifugentechnik ist auch im Iran im Einsatz. Grundsätzlich muss das Verbot aller Urananreicherungsanlagen durchgesetzt werden.

Über all die Jahre des Betriebes gab es eine Vielzahl von Störfällen – auch unlängst wieder am 23. Juli 2011. Wie ist die Gefährdung der Bevölkerung durch den Betrieb der UAA Gronau zu bewerten?

Die Gronauer Bevölkerung lebt auf einem Pulverfass. Bei einem Störfall Anfang 2010 wurde in der Urananreicherungsanlage ein Arbeiter radioaktiv verseucht. In der Folgezeit wurde deutlich, dass der Katastrophenschutz im Zusammenhang mit Strahlenunfällen nicht ansatzweise ausreichend ist. Der Arbeiter musste damals vier Krankenhäuser durchlaufen.
Neben Gefahren aus dem Anlagenbetrieb heraus gibt es weitere Punkte, die Angst und Sorge auslösen: Die UAA ist nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert, Uranmüll wird in Containern unter freiem Himmel neben der UAA gelagert. Und insgesamt ist die fehlende Entsorgung ein Argument gegen den Weiterbetrieb der UAA. Es darf kein Kilo Uranmüll weiter produziert werden. Weitere Gefahren sind mit den zahlreichen Urantransporten von und nach Gronau verbunden. Diese Transporte rollen auch durch das Ruhrgebiet.

Aktuell wird die UAA Gronau sogar noch ausgebaut. Andererseits wird offiziell der „Atomausstieg“ verkündet. Was ist hiervon zu halten, welche Forderungen habt Ihr an die Landespolitik?

Das ist natürlich eine völlig widersinnige Situation. Da wird auf der einen Seite ein Atomausstieg mit AKW-Stillegungen beschlossen, auf der anderen Seite darf in Gronau eine Fabrik weiter produzieren, in der die Grundlagen für den Betrieb zahlreicher internationaler AKW geschaffen werden.
Auch die einzige deutsche Brennelementefabrik im nahe gelegenen emsländischen Lingen darf trotz offiziellem Atomausstieg weiter produzieren. Die Landesregierungen in Düsseldorf und in Hannover können und müssen die Betriebsgenehmigungen für beide Anlagen aufheben.

Die einzige deutsche Urananreicherungsanlage (UAA) ging 1985 im westfälischen Gronau in Betrieb. Sie gehört zum Urenco-Konzern, an dem auch RWE und E.ON beteiligt sind. Die Zukunft der Anlage ist ungewiss: Einerseits unterliegt die UAA keiner Laufzeitbegrenzung, andererseits vermehren sich die Hinweise, dass RWE und E.ON ihre Urenco-Anteile verkaufen wollen.
Uran, das in Gronau angereichert wird, muss zur Weiterverarbeitung in Brennelementefabriken transportiert werden, bevor das Uran in Atomkraftwerken zum Einsatz kommen kann. Kunden der Urenco sind AKW-Betreiber in aller Welt.
Bei der Urananreicherung fällt in großen Mengen Uranmüll an, der lange nach Russland transportiert wurde und jetzt nach Frankreich geht. Neben der UAA Gronau gibt es unter freiem Himmel ein Uran-Containerlager. Im Sommer war zudem Baubeginn für ein Uranmüll-Hallenlager. Höhepunkt des langjährigen Widerstandes gegen die UAA war in diesem Jahr der Gronauer Ostermarsch, an dem sich rund 15.000 Menschen beteiligt haben.
Widerstand ist teuer und der AKU Gronau freut sich über Spenden: AKU Gronau, Volksbank Gronau, BLZ: 401 640 24, Konto: 110 551 700. Weitere Informationen unter www.aku-gronau.de und unter www.bbu-online.de.

Claudia Jetter ist im Landesvorstand DIE LINKE.NRW zuständig für Umweltpolitik

Kurz vor den Sommerferien fand der 300. Sonntagsspaziergang an der UAA statt. Wie viele werden noch nötig sein, bis die UAA Gronau stillgelegt ist?

Das ist schwer zu sagen. Seit Ende 1986 treffen sich immer am ersten Sonntag im Monat UAA-Gegnerinnen und UAA-Gegner um 14.00 Uhr an der UAA. Sie trinken Kaffee, tauschen Informationen aus und umrunden hin und wieder das gesamte UAA-Gelände in Gronau, Röntgenstraße 4. Am 6. November gibt es ein Jubiläum: 25 Jahre UAA-Sonntagsspaziergänge. Der Widerstand muss auf jeden Fall weitergehen. Am 4. Februar findet in Münster eine internationale Urankonferenz statt und am 1. Fukushima-Jahrestag, dem 11. März, wieder eine große Demonstration in Gronau.

Termine

Montag, 17. Oktober
„Afghanistan vor dem Frieden? Den Schleier der Lügen zerreißen!“
19.00 Uhr, VHS, Burgplatz 1. Eine Veranstaltung des Essener Friedensforums.

Dienstag, 18. Oktober
Pro Asyl / Flüchtlingsrat Essen Monatsversammlung. Thema: Zwangsehen und Tötungen im Namen der „Ehre“. 19.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Straße 30.

Dienstag, 18. Oktober
Bürgerbund Holsterhausen: Podiumsdiskussion „Wohin Holsterhausen?“, 19.00 Uhr, Otto-Hue-Haus, Barthel-Bruyn-Straße 46

Mittwoch, 19. Oktober
DIE LINKE. Stadtteilgruppe West, 19.30 Uhr, Haus Kalthoff, Lenbachstraße 3

Donnerstag, 20. Oktober (jeden dritten Donnerstag im Monat)
Hartz 4 – Stammtisch
17.00 Uhr, evgl. Gemeindehaus Lutherkirche, Kerkhoffstr. 22b

Donnerstag, 20. Oktober
Attac-Netzwerk Essen: Monatstreffen. 19.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Straße 30 (in den neuen Räumen des Anti-Rassismus-Telefons).

Montag, 24. Oktober (immer alle zwei Wochen)
Erwerbslosenfrühstück
10.00 Uhr, Geschäftsstelle DIE LINKE., Severinstr. 1

Donnerstag, 27. Oktober
Veranstaltung von Pro Asyl / Flüchtlingsrat Essen zur Ernährungssituation in Essen. 18.30 Uhr, Weltcafe, Hövelstraße 73.

Mittwoch, 2. November
DIE LINKE. Stadtteilgruppe Innenstadt, 18.00 Uhr. Geschäftsstelle DIE LINKE., Severinstraße 1

Donnerstag, 3. November
DIE LINKE.Essen lädt ein: Diskussionsveranstaltung mit Elmar Altvater zu seinem Buch „Die Vermessung der Utopie“
19.00 Uhr, Gaststätte „Sternquelle“, Schäferstr. 17.

Mittwoch, 9. November
„Essen stellt sich quer!“ Demonstration gegen Rechts.
Auftakt: 18.00 Uhr, Germaniaplatz

Donnerstag, 10. November
DIE LINKE. Essen, Mitgliederversammlung, 19.00 Uhr, Gaststätte „Sternquelle“, Schäferstr. 17. Schwerpunktthema: Messeausbau

Mittwoch, 23. November
Runder Umwelttisch Essen: Monatstreffen.
18.00 Uhr, Kopstadtplatz 12.

3. und 4. Dezember
„Truppen raus aus Afghanistan!“ – Großdemonstration und Konferenz in Bonn. Fahrkarten zur Demo (10,- Euro) gibt’s in der Geschäftsstelle DIE LINKE, Severinstraße 1, Tel.: 0201/17543313.

KEINE Schule für ALLE

Schulpolitisches Flickwerk in NRW …und bald auch in Essen?

Von Janina Herff

„Längeres gemeinsames Lernen für alle Schülerinnen und Schüler“ hatte die SPD im Landtagswahlkampf auf Plakaten gefordert. Mit der Parole „A, B, CDU und raus bist Du“ hatten die Grünen vor den bildungspolitischen Plänen der CDU gewarnt. DIE LINKE forderte „Eine Schule für alle“, und hält auch nach der Wahl daran fest – ganz im Gegensatz zu ROT-GRÜN in NRW.

Foto: DIE LINKE.

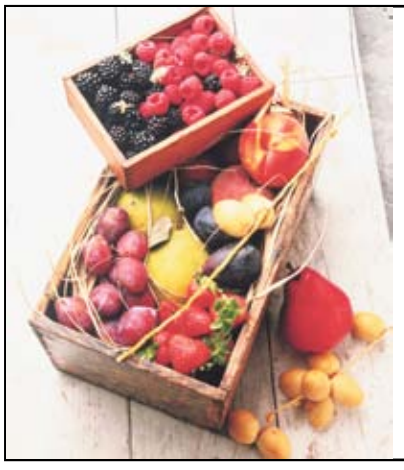
Im Widerspruch zu ihrem Wahlkampfgetöse stimmten SPD und GRÜNE im Landtag zusammen mit der CDU für eine Bestandsgarantie des selektierenden Schulsystems. Damit schafft Rot-Grün Arm in Arm mit der CDU ein schulpolitisches Wirrwarr, verwirft anerkannte Forderungen der Bildungsforschung, schiebt den Kommunen die Verantwortung für die Umsetzung zu, und stiftet weiterhin Unsicherheit bei Eltern und SchülerInnen.
Statt nämlich das umzusetzen, wofür sie noch im Wahlkampf angetreten waren, soll nunmehr eine neue, zusätzliche Schulform – die so genannte Sekundarschule – etabliert werden. Das „Klassensystem Schule“, wird somit in der Landesverfassung festgeschrieben, anstatt – wie von Rot-Grün vor den Wahlen versprochen – durch „Eine gute Schule für alle“, mit gleichen Chancen für alle Kinder abgelöst zu werden.
Ein peinlicher Kniefall vor den Verfechtern des ausgrenzenden und gescheiterten Klassenschulsystems aus dem konservativen und neo-liberalen Lager der letzten Jahrzehnte.

Janina Herff ist Ratsfrau in der Fraktion DIE LINKE

Was ist die Sekundarschule?
Die neue Sekundarschule soll als 5. Schulform neben Haupt-, Real-, Gesamtschule und Gymnasium eingeführt werden. Von der so genannten Sekundarschule soll es mehrere Untertypen geben, allerdings alle ohne Oberstufe, welche zur allgemeinen Hochschulreife qualifizieren könnte. Die Sekundarschule ist somit praktisch eine gestutzte Gesamtschule. Liest man den neuen Gesetzestext, müsste man den existierenden Gesamtschulen fast empfehlen sich aufzulösen und als Sekundarschule neu zu gründen. Dann erhielten sie nach der jetzt gültigen Regelung eine erheblich bessere Ausstattung, kleinere Klassen und mehr LehrerInnen. Erreicht die Sekundarschule die Vierzügigkeit, könnte sie nämlich wieder in eine Gesamtschule, dann auch mit Oberstufe umgewandelt werden. Anstatt auf die Entwicklung, den Ausbau und weitere Ausstattungsverbesserung der bestehenden Gesamtschulen zu setzten, werden diese nun faktisch von Landesseite mit einer Light-Version konterkariert und in ihrer Stellung faktisch geschwächt anstatt gestärkt. Hauptsache so scheint es, das klassische Hauptinstrument des Apartheidsystems Schule namens Gymnasium wird verteidigt und mit Verfassungsrang ausgestattet.

Schulformen erhalten Verfassungsrang
Das längst gescheiterte zergliederte Schulsystem wird zementiert, erweitert und sogar wieder in der Landesverfassung verankert (Deutschland und Österreich sind inzwischen die einzigen Länder weltweit, in denen die Mehrheit der Schulkinder nach Klasse 4 auf getrennte Schulen übergeht.). Im neuen Verfassungstext heißt es wörtlich: „Das Land gewährleistet in allen Landesteilen ein ausreichendes und vielfältiges öffentliches Bildungs- und Schulwesen, das ein gegliedertes Schulsystem, integrierte Schulformen sowie weitere andere Schulformen umfasst.“ Hört sich gut an, aber ist nichts anderes als schulpolitische Beliebigkeit auf dem Rücken von Eltern, SchülerInnen und durchaus funktionierenden integrierten Schulformen wie beispielsweise vieler Gesamtschulen. Anlässlich einer Anhörung zur Verfassungsänderung „Schulstruktur“ am 4. Oktober waren sich alle Schul-, Rechts- und Bildungsexperten bezeichnenderweise darin einig, dass die vorgeschlagene Formulierung im neuen Verfassungstext die gleichen Hürden für die Kommunen als Schulträger berge wie die bisherige.
Eltern wünschen sich ein längeres gemeinsames Lernen ihrer Kinder und die Möglichkeit jedes Schulabschlusses an „Einer guten Schule für Alle“. Wie das Beispiel Essen zeigt, wo der Elternwille diesbezüglich seit Jahren missachtet wird, erwarten sie von den Kommunen gerade Gesamtschulplätze in ausreichender Anzahl.
Für den nun gefassten so genannten „Schul-Kompromiss“ von Rot-Grün und CDU, der Chancenungleichheit konserviert und sogar reaktionär verteidigt, kann es nur drei Worte geben:
Wahlbetrug!
Sechs!
Setzen!

Anzeige



bioladen frohnhausen

Bioladen am Frohnhauser Markt
bioladen frohnhausen
Mülheimer 48, 45145 Essen
Telefon 0201-738924
E-Mail: cp.home@versanet.de

Mo–Fr 9.00–18.30 Uhr
Sa 8.30–13.30 Uhr

*Wir liefern Ihnen unsere Frische jeden Mittwoch auch nach Hause

Bänkekrieg in der Innenstadt

DIE LINKE setzt die Wiederaufstellung der Sitzbänke auf dem Willy-Brandt-Platz durch: zwei Bänke – 35 Minuten Debatte!

Wie bereits in der letzten Ausgabe dieser Zeitung angekündigt, hat DIE LINKE für die Sitzung der Bezirksvertretung I (Innenstadt) am 27.09.2011 den Antrag auf Wiederaufstellung der Sitzbänke auf dem Willy-Brandt-Platz gestellt. Gegen 16.50 Uhr wird der Antrag aufgerufen. Und jetzt entsteht eine Kontroverse, die der Kulturkenner vermutlich in die Gattung absurdes Theater einordnet.
CDU-Bezirksbürgermeister Valerius wiederholt zunächst seine Aussage, dass die Bänke auch von Obdachlosen genutzt würden und manchmal auch verunreinigt seien. Dann geht er zum Angriff über, indem er folgende Drohung in die Menge der Sozialdemokraten und Grünen schleudert. „Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, erzähle ich der ganzen Essener Kaufmannschaft, dass er von den LINKEN ist! Und dass SIE ihm zugestimmt haben!“

Mitglieder der so bedrohten Fraktionen beeilen sich, das Ausmaß des Schadens zu begrenzen: „Wir wollen doch nicht die Verunreinigungen, sondern wir wollen doch nur die Bänke zurück!“ Die Kreativsten unter ihnen erfinden eine „Bankpatenschaft“: Privatpersonen sollen sich vertraglich bei der Stadt Essen verpflichten, die immerhin ca. 2 Meter breiten Bänke rund um die Uhr sauber zu halten. [Anmerkungen des Verfassers: 1. Hat der Rat der Stadt nicht schon vor Jahren die Ordnungspartnerschaften beschlossen mit dem Versprechen, unter anderem der Innenstadt Sauberkeit und Ordnung zu bringen? 2. Gerade den Unterlagen zur derzeitigen Sitzung war eine Mitteilung der Entsorgungsbetriebe Essen beigefügt, dass sie die Mülleimer am Spielplatz Klosterstraße sogar zwei Mal täglich leeren!]

Irgendwann meldet sich ein Mitarbeiter der Polizeiinspektion Mitte zu Wort: „Da auf den Bänken nicht nur Obdachlose, sondern auch Drogenkonsumenten säßen, finde er deren Aufstellung bedenklich und rate davon ab.“ [Anmerkungen des Verfassers: 1. Um die am Bahnhof gekauften Drogen konsumieren zu können, müssen Drogenabhängige derzeit immerhin ca. 100 Meter weiter laufen, nämlich in die Grünanlagen hinter dem Burgplatz. Hier dürften sie auch noch mehr Ruhe haben als am Willy-Brandt-Platz. 2. Warum sollte die Polizei auf dem Burgplatz schlechter einschreiten können als am Willy-Brandt-Platz, und warum werden nicht soziale Hilfsdienste eingeschaltet?]
Um ca. 17.20 Uhr startet die CDU ihren letzten Angriffsversuch: Der Fraktionsvorsitzende Rimmersch erklärt, auswärtige Besucher hätten sich bereits bei ihm beschwert, in welch einer Stadt er denn lebe, die einen solchen Bahnhofsvorplatz habe. Zwischenruf des Fraktionsvorsitzenden der SPD: „Fahren Sie mal zum Hbf Düsseldorf!“ Zwischenruf

Frank Tiedemann, Bezirksvertreter DIE LINKE in der BV I

des Einzelvertreters DIE LINKE: „Fahren Sie mal zum Hbf Dortmund!“ Fraktionsvorsitzender Rimmersch: „Jetzt reicht’s mir aber! Ich wohne nicht in Dortmund!“ Nach ca. 35 Minuten erlangt Bezirksbürgermeister Valerius die durchschlagende Erkenntnis: „Wir sind in der Sache verschiedener Auffassung! Kommen wir zur Abstimmung!“ Ergebnis: 10 Stimmen für den Antrag und 8 Stimmen dagegen.

Möge dieser kleine Erfolg der Partei DIE LINKE ein Schritt dahin sein, soziale Probleme in der Innenstadt qualifizierter zu bearbeiten, anstatt sie stumpfsinnig hundert Meter nach links oder recht zu verschieben und dies auch noch zu Lasten der Aufenthaltsqualität aller Bürger! Jedenfalls hat mich Kommunalpolitik selten so erheitert wie bei diesem 35-minütigen Kampf im Essener Rathaus um die anscheinend strategisch entscheidende Fläche von 2 Metern auf dem Willy-Brandt-Platz.

Buchtipp

Elmar Altvater und Raul Zelik: Die Vermessung der Utopie

»Wir haben die Lande gemessen, die Naturkräfte gewogen, die Mittel der Industrie berechnet, und siehe, wir haben herausgefunden, dass diese Erde groß genug ist; dass sie jedem hinlänglichen Raum bietet, die Hütte seines Glücks darauf zu bauen; dass diese Erde uns alle anständig genug ernähren kann, wenn wir alle arbeiten und nicht einer auf Kosten des andren leben will; und dass wir nicht nötig haben, die ärmere Klasse an den Himmel zu verweisen.« So schrieb bereits 1835 Heinrich Heine.
In ihrem Buch „Die Vermessung der Utopie“ gehen der emeritierte Politökonom Elmar Altvater und der Schriftsteller Raul Zelik der Frage nach, ob eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus überhaupt noch vorstellbar ist.
Vor dem Hintergrund von Klimawandel, industrieller Überkapazitäten, Arbeitslosigkeit und Finanzkrisen ist – zwanzig Jahre nach dem Ende des real existierenden Sozialismus – die Frage nach der Überlebensfähigkeit des Kapitalismus höchst aktuell geworden. Doch wenn der Kapitalismus den Sozialismus nur „überlebt“ hat, wie können andere Gesellschaftsmodelle aussehen? Vor diesem Hintergrund steht eine Renaissance des utopischen Denkens bevor.
Raul Zelik: „Wir brauchen einen Gegenentwurf, und wir müssen überlegen, wie dieser aussehen, wie er sich entwickeln könnte. Wir müssen begreifen, dass auch nach dem Kapitalismus etwas kommt und dass es von uns abhängt, ob diese Zukunft besser oder schlechter ausfällt.“
Das Buch ist im Blumenbar Verlag erschienen, gebunden, 208 Seiten, 14,90 Euro. *Susanne Kreuzer*

Der 9. November 2011 in Essen

Es ist bald wieder soweit: Der geschichtsträchtige 9. November rückt näher. Schon häufig wurde dieser besondere Tag der deutschen Geschichte, an dem vor 73 Jahren auch in Essen die jüdische Synagoge brannte, von Rechtsextremisten für Aufmärsche missbraucht.
Gerade Borbeck ist bekannt als Tummelplatz für Neonazis. In den letzten zwei Jahren begingen NPD und so genannte „Freie Nationalisten“ ihre Kundgebungen auf dem Germaniaplatz, bei denen sie mit ihren Fackeln die Brandnacht vom 9. November 1938 auf ihre Weise zelebrierten – eine Verhöhnung der über 2.000 jüdischen Opfer des deutschen Faschismus aus unserer Stadt.
Das soll nicht mehr hingenommen werden. Rechtsextremisten mussten in den vergangenen Jahren durch die stetig wachsende Zivilcourage der BürgerInnen mehrfach Niederlagen hinnehmen und konnten ihre Aufmärsche nicht mehr ungestört durchführen, wie in Dresden, Köln, Stolberg, Duisburg, Dortmund und nun hoffentlich auch in Essen.
Ein breites Bündnis, initiiert von „Essen stellt sich quer“, hat für den 09.11.2011 eine Kundgebung zum Gedenken an die Opfer des Holocaust auf dem Borbecker Germaniaplatz angemeldet. Auch DIE LINKE ruft alle ihre Mitglieder und SympathisantInnen zur Teilnahme auf. Beginn ist um 18.00 Uhr auf dem Germaniaplatz. Jede und jeder kann sich durch die eigene Anwesenheit beteiligen und aktiv etwas bewirken. Noch besser: Bringt Alle mit, die Euch am Herzen liegen.

Jimmy Bulanik

Auflösung des Rätsels aus der letzten Ausgabe

Gesucht wurde etwas, das für unsere Kleinen kostenlos sein muss. **Das Lösungswort hieß „Kindergarten“.**
Die Saisonkarte für die Heimspiele der SG Schönebeck in der 1. Frauenfußball-Bundesliga hat gewonnen: Lena A. aus der Hölderlinstraße. Da diese Karte vom Verein gesponsert wurde, haben wir uns nicht lumpen lassen und eine zweite Karte draufgelegt. Ausgelost wurde Peter K. aus der Friedbergstraße. Herzlichen Glückwunsch!

Mannschaftsbesprechung vor dem Anpfiff zum 5. Spieltag am 25.09.2011 an der Hallostraße.
Die SG Schönebeck gewann gegen Bayern München mit 1:0 durch ein Tor von Stürmerin Caroline Hamann in der 4. Spielminute. (Foto: Jörg Büteführ)

Aus der Geschäftsstelle:

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Landtag NRW wurde ein Untersuchungsausschuss eingerichtet, um den Verbleib von Brennelemente-Kugeln aus dem Reaktor Jülich aufzuklären.

Fachliche Unterstützung erhält DIE LINKE hierbei durch Wolfgang Kühr, der seit den frühen 80er Jahren zu diesen Themen arbeitet. Er ist von Beruf Elektroingenieur, gehört dem Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) an und war in den 90ern Referent für Energie- und Umweltpolitik der Grünen Bundestagsfraktion.

Seit Ende September hat er ein Büro in der Geschäftsstelle der Essener Linken bezogen.

ESSENER ABEND

Die Kehrseite

Statt Erich, den wir in der letzten Ausgabe abbildeten: Die Planwirtschaftsexpertin im Original-Dress

Eine Chance für den Nachwuchs: Alt-Oberbürgermeisterin Anette Jäger rückt in die SPD-Fraktion auf

„Wir bitten um Verständnis, dass wir keine Gesetze lesen können“

Abgehakt

Landrecht im JobCenter zu Essen

Hätte es noch eines Beweises bedurft, dass dies ein passender Leitspruch für das JobCenter Essen wäre, so wurde er nun erbracht.

Hartz4-Berechtigte kennen die Prozedur: Regelmäßig verlangt das JobCenter von seinen „Kunden“, dass Nachweise beigebracht werden: Bescheinigungen der Kindergeldkasse, vom Vermieter, von der Schule der Kinder, vom geschiedenen Ehepartner, ärztliche Atteste, Heizkostenabrechnungen und so weiter und so fort. Schließlich sollen die Erwerbslosen ja nicht beschäftigungslos bleiben.
Natürlich soll alles möglichst „umgehend“ beigebracht werden, ansonsten werden Leistungskürzungen angedroht – oder oft auch ohne Ankündigung vollstreckt.
Ganz im Sinne dieser „Beschäftigung“ seiner Kunden verlangt das JobCenter, dass alle angeforderten Nachweise als Kopie eingereicht werden. Bis vor einigen Monaten kein Problem, da für Leistungsberechtigte die Möglichkeit bestand, ihre Nachweise im JobCenter durch ihre jeweiligen SachbearbeiterInnen (kostenlos) kopieren zu lassen. Das soll nun nicht mehr gehen. Auf den Monitoren im Wartebereich und per Aushang wurden die Hartz4-BezieherInnen darüber informiert, dass die MitarbeiterInnen des JobCenters keine Kopien mehr anfertigen können: „Wir bitten um Verständnis, dass wir keine Kopien mehr anfertigen können“. Stattdessen werden die Hartz4-BezieherInnen nun aufgefordert, ihrerseits Kopien anzufertigen und diese einzureichen.
Dumm an dieser Sache ist nur, dass es für dieses Vorgehen des JobCenters Essen keinerlei Rechtsgrundlage gibt. Leistungsberechtigte sind lediglich verpflichtet, ihre Nachweise vorzulegen und nicht einzureichen – ein kleiner, aber feiner Unterschied.

In diesem Sinne: Wir haben kein Verständnis.

JobCenter Essen: Ein rechtsfreier Raum? (Foto: Jörg Bütefür)

Berichtigung!

In der letzten Ausgabe haben wir leider **Jörg Uhlenbruch, CDU** mit Kermit verwechselt. Darum jetzt hier das Original-Foto von Kermit dem Frosch:

&Frank Frei

Nachwuchstalent

Seit September gehört ein engagiertes Nachwuchstalent dem Rat der Stadt Essen an: Alt-Oberbürgermeisterin Annette Jäger rückte nach fast zweijähriger Abstinenz wieder in die Reihen der SPD-Fraktion auf. Noch kurz vor der Sommerpause wurde sie mit dem Ehrenring ausgestattet und in den vermeintlichen Ruhestand verabschiedet. Weit gefehlt. In diesem Sinne: Endlich wieder frischer Wind im Rat!!

Entbunden von Aufgaben

... wurde hingegen Stadtkämmerer Klieve. Nachdem er knapp ein Jahr interimsmäßig das Personaldezernat geleitet hatte, wurde er kurz nach der Sommerpause durch OB Paß von diesen Aufgabe entbunden. Nun kann er sich wieder voll seinen eigenen Kurven widmen.

Rätsel-Ecke

Aus den dritten Buchstaben von oben nach unten ergibt sich die Lösung: ein Fahrschein, der noch nicht hält, was er verspricht.

Hier stehen Millionen, nicht nur Bäume auf dem Spiel
_ E _ _ _

Das gibt sich DIE LINKE jetzt in Erfurt
_ _ _ _ _ _ M _

Diese Weltanschauung ist gewaltfrei
_ _ _ _ F _ _ _ _

Stadtteil an der Grenze zu Oberhausen
_ _ _ _ _ _ _ P

Sonntagsvergnügen, am Baldeneysee harmloser als in Gronau
_ P _ _ _ _ _ _ _ _

Die will DIE LINKE zur Kasse bitten
_ _ _ L _ _ _ _ _ _

Von Migranten ersehnt, aber häufig verweigert
_ _ _ _ G _ _ _ _ _ _

Unruhiges Gewässer in Kupferdreh
_ _ _ _ _ _ C _

Das hielt Basta-Kanzler Schröder für Führungsstärke
M _ _ _ _ _ _ _

Der war damit gar nicht einverstanden (Vorname)
_ _ _ A _

Was tun Börsenhändler am liebsten?
_ _ _ _ _ L _ _ _ _ _

Hier steht die größte Essener Moschee
_ _ _ _ _ _ B _ _ _

Lösung:
_ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

Des Rätsels Lösung bitte einsenden an: essener-morgen@dielinke-essen.de (Betreff: Rätsel) oder per Post an: DIE LINKE. Essen, Severinstr. 1, 45127 Essen, Stichwort: Rätsel. Einsendeschluss ist der 15.11.2011.
Zu gewinnen gibt es diesmal Karten für zwei Personen für das Tanzstück von Ben Cauwenberg nach der Musik von „Queen“ im Aalto-Theater. Die Aufführung ist am 24.11., am 25.11. oder am 13.12.11. Die Gewinnerin bzw. der Gewinner wird in der nächsten Ausgabe bekannt gegeben.
Ausgeschlossen von der Teilnahme sind Mitglieder und Angestellte der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen, Mitglieder des Kreisvorstandes DIE LINKE. Essen und die Redaktion dieser Zeitung sowie ihre Angehörigen.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Gedicht des Monats

SCHWINDEL

Zur Ohnmacht kann der Schwindel führen,

Bis das Bewusstsein wir verlieren.

Das Selbstbewusstsein, wie bekannt,

Hält auch dem ärgsten Schwindel stand.

Im Übrigen nehmt Euch in Acht:

Oft führt der Schwindel auch zur Macht!

Eugen Roth / Der Wunderdoktor

Schicke Mühle

Gegen den erbitterten Widerstand der CDU-Fraktion und nach schier endlosen Beratungen entschied der Rat, nun doch einen Erbpachtvertrag für die Deiler Mühle zu vergeben.
Sanierungsbedürftig ist die älteste Wassermühle Essens, und trotz aller Betonung ihrer historischen Bedeutung hatte die Stadt keine Mittel übrig. Nun darf doch der private Investor ran.
Wer es noch nicht wusste: Der Namensteil Deil stammt aus dem Althochdeutschen didelaa, didelen, diddeln = unruhig sein, unruhig fließen. Kein Wunder, dass die Stadtpolitik da mitmachen musste!
Viel Wasser floss den Deilbach in unruhigen Windungen hinunter bis zum vorläufigen Ende. Wir vermissen schon jetzt diesen Dauerbrenner vieler Ausschüsse.